

# **DIE UKRAINE UND DIE EUROPÄISCHE UNION (1) EINE BEZIEHUNG MIT ERHEBLICHER FRUSTRATIONSTOLERANZ**

Christian F. Wehrschütz

## **Einleitung**

In der Ära Gorbatschow (11. März 1985 - 25. Dezember 1991) kam es in Abkehr von der traditionellen sowjetischen Politik auch zu einer dynamischen Entwicklung der Beziehungen zwischen der damaligen Europäischen Gemeinschaft und der UdSSR. So wurde im Jahre 1989 zwischen Brüssel und Moskau ein Abkommen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Sowjetunion unterzeichnet. Bei der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 1990 in Rom wurden die Wirtschaftsreformen in der UdSSR als bedeutender Beitrag zur Förderung des Friedens und der Stabilität in Europa und der Welt gewertet. Ebenfalls in Rom wurde entschieden, die Sowjetunion in zweifacher Weise zu unterstützen: durch den Transfer von "Know-how" und durch die Gewährung humanitärer Hilfe. Umgesetzt wurde dieser Beschluß durch die Entwicklung des sogenannten "Tacis-Programms", dessen Regelung vom EU-Ministerrat im Juli 1991 verabschiedet wurde. Umgesetzt wird Tacis durch die DG1A, die Generaldirektion der Europäischen Kommission für Außenbeziehungen. Dieses Tacis-Programm entspricht vom Ansatz her dem sogenannten Phare-Programm, das die EU für die Länder Mittel- und Osteuropas entwickelt hat. Einen Monat nach diesem EU-Ministerrat kam es in der Sowjetunion zum sogenannten "August-Putsch" gegen Michail Gorbatschow; nach dessen Scheitern erklärte die Ukraine am 24. August 1991 ihre Unabhängigkeit. Diese Erklärung des Obersten Sowjet der Ukraine wurde am 1. Dezember 1991 in einer Volksabstimmung bestätigt, wobei sich 90 Prozent der Ukrainer für die Unabhängigkeit ihres Landes aussprachen. Ebenfalls am 1. Dezember wurde auch der bisherige Parlamentspräsident Leonid Krawtschuk zum ersten Präsidenten der Ukraine gewählt. Eine Woche später, am 8. Dezember, kam es zum historischen Treffen der Präsidenten Rußlands und der Ukraine, Jelzin und Krawtschuk, sowie des weißrussischen Parlamentspräsidenten Schuschkiewitsch in einem Jagdhaus in der Nähe von Brest, bei dem die Auflösung der Sowjetunion und die Gründung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten beschlossen wurde.

## **Von Krawtschuk zu Kutschma**

Die Ära Krawtschuk war von drei grundlegenden Faktoren geprägt: von einer schrittweisen Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland (Schwarzmeer Flotte, Atomwaffen), vom Aufbau des ukrainischen Staatswesens (Außenbeziehungen) und vom anhaltenden Niedergang der ukrainischen Wirtschaft (Reformverweigerung, Hyperinflation). Angesichts der rasanten Verschlechterung der Lebensumstände der Bevölkerung und der Enttäuschung jener Hoffnungen, die mit der Unabhängigkeit verbunden waren, wurde Krawtschuk beim zweiten Durchgang der Präsidentenwahl von Leonid Kutschma am 10. Juli 1994 geschlagen. Kutschma erhielt 52 Prozent der Stimmen, wobei für seinen Wahlsieg vor allem die bevölkerungsreichen südlichen und östlichen Landesteile ausschlaggebend waren, in denen ein großer Teil der russischen und russifizierten Bürger der Ukraine lebt. Kutschma hatte in seinen Wahlkampf insbesondere zwei Punkte hervorgehoben: die Notwendigkeit einer Verbesserung der Beziehungen mit Rußland und die Durchführung von Wirtschaftsreformen,

um die Lage der Bevölkerung zu verbessern. Von seinem Vorgänger Krawtschuk "erbte" Kutschma jedoch nicht nur eine katastrophale Wirtschaftslage, sondern auch das "Partnerschaftsabkommen" (PKA), das die Ukraine und die EU am 14. Juni 1994 in Luxemburg unterzeichnet hatten.

## **Das PKA zwischen der Ukraine und der EU (2)**

Die Ukraine war die erste ehemalige Sowjetrepublik mit der die EU ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen schloß; mit Rußland wurde ein derartiger Vertrag zehn Tag später, am 24. Juni 1994 unterzeichnet. Das PKA zwischen Kiew und Brüssel ersetzte das Handelsabkommen der EU mit der ehemaligen Sowjetunion aus dem Jahre 1989. Das PKA trat am 1. März 1998 nach der Ratifikation durch alle 15 Mitgliedsstaaten der EU in Kraft, seine handelsrelevanten Bestimmungen wurden jedoch bereits durch ein sogenanntes Interimsabkommen umgesetzt, das am 1. Juni 1995 unterzeichnet wurde und am 1. Februar 1996 in Kraft getreten ist.

Das PKA umfaßt 109 Artikel, seine wichtigsten Ziele werden in den Artikeln 1 bis 3 folgendermaßen formuliert:

- Enge politische Beziehungen durch die Aufnahme eines regelmäßigen Dialoges über politische Fragen
- Förderung des Handels, der Investitionen und harmonischer Wirtschaftsbeziehungen
- Schaffung einer Grundlage für beide Seiten (Ukraine, EU und deren Mitglieder) zur vorteilhaften Zusammenarbeit auf den Gebieten Wirtschaft, Soziales, Finanzen, Wissenschaft, Technik und Kultur
- Unterstützung der Ukraine bei der Festigung von Demokratie, Wirtschaftsentwicklung und beim vollständigen Übergang zur Marktwirtschaft.

Das PKA bleibt für einen Zeitraum von 10 Jahren in Kraft. Danach wird es automatisch verlängert, wenn keine der beiden Seiten sechs Monate vor dem Auslaufen des Vertrages schriftlich erklärt, das Abkommen beenden zu wollen. Das PKA bietet einen flexiblen Rahmen, der eine Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen ermöglicht, die vor allem vom Stand der ukrainischen Reformen selbst abhängt. Die erste Überprüfung des Abkommens findet drei Jahre nach dem Inkrafttreten (2001) oder zu dem Zeitpunkt statt, zu dem die Ukraine der Welthandelsorganisation (WTO) beitrifft, sofern letzteres früher der Fall ist. 1998 hätten die Ukraine und die EU auch die Errichtung einer Freihandelszone prüfen können, ein Projekt, das angesichts des rudimentären Zustandes der Reformen aber bis auf weiteres keine Aussicht auf Erfolg aufweist. Das PKA steht in Übereinstimmung mit der Schlußakte von Helsinki und der Charta von Paris und ist den demokratischen Grundsätzen, der Marktwirtschaft und den Menschenrechten verpflichtet. Gleichzeitig respektiert es die bestehenden engen Bindungen der Ukraine mit den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken und ihren unmittelbaren Nachbarn, wobei diese Beziehungen als wichtig für Wachstum und Stabilität erachtet werden.

## **Konsultationsmechanismus**

Der politische Dialog sieht auf höchster Ebene ein jährliches Gipfeltreffen zwischen der Ukraine und der EU vor. Der erste derartige Gipfel fand am 5. September 1997 in Kiew statt, der zweite Gipfel wurde in Wien im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft am 18. Oktober 1998 abgehalten (zuvor hatten Präsident Kutschma bereits im Juni 1995 Brüssel und Kommissar Hans van den Broek Kiew im September 1996 besucht; wie überhaupt

festzuhalten ist, daß es bereits vor dem Inkrafttreten des PKA auf verschiedenster Ebene regelmäßige Treffen zwischen der Ukraine und der EU gegeben hat). Weiters sind pro Jahr zwei Treffen mit der EU-Trojka, zwei Arbeitstreffen im Bereich des Handels und mehrere bilaterale politische Treffen auf Ministerebene vorgesehen. Ziel der Besuchsdiplomatie ist es, die politischen Bindungen zwischen der Ukraine und der EU parallel zu den Wirtschaftsbeziehungen zu stärken; außerdem sollen Sicherheit und Stabilität durch die Angleichung der Ansichten in bezug auf internationale Fragen gefördert werden. Das PKA sieht zur Umsetzung seiner Bestimmungen in den Artikeln 85 bis 88 und 90 bis 92 folgende Institutionen vor:

### **Kooperationsrat**

Dieses Gremium tritt zumindestens ein Mal pro Jahr unter wechselndem Vorsitz zusammen; es besteht aus Mitgliedern der ukrainischen Regierung sowie aus Mitgliedern des Rates der EU und der Kommission. Der Kooperationsrat überwacht die Umsetzung des PKA und hat das Recht, jedes Thema von gegenseitigem Interesse zu erörtern und Empfehlungen auszusprechen. Zu seinen ausdrücklichen Aufgaben zählt die Überprüfung von Maßnahmen zur Einwanderungskontrolle betreffend Beschäftigungsbedingungen für die Staatsangehörigen beider Seiten, von Bedingungen für den Transfer von Sozialversicherungsleistungen und von Konditionen für Geschäftsleute; hinzu kommt die Abgabe von Empfehlungen: bezüglich der Öffnung des Dienstleistungsmarktes, zum Schutz des geistigen, gewerblichen und kommerziellen Eigentums, bezüglich der sektoralen Zusammenarbeit und der technischen Hilfe.

Der Kooperationsrat muß über alle neuen Devisenbeschränkungen, über Wettbewerbsrechte, bestehende oder geplante Subventionen sowie über alle bestehenden oder geplanten mengenmäßigen Handelsbeschränkungen informiert werden.

### **Kooperationsausschuß**

Dieses Gremium kommt ebenfalls unter wechselndem Vorsitz auf der Ebene hoher Beamter zusammen. Es bereitet die Sitzungen des Kooperationsrates vor und stellt die Kontinuität zwischen den Sitzungen des Kooperationsrates sicher. Der Kooperationsausschuß hat sechs Unterausschüsse gebildet, die sich mit Fragen des Handels, der Investitionen, finanziellen und wirtschaftlichen sowie energiepolitischen und nuklearen Themen befassen. Von ukrainischer Seite wird der Vorsitz in diesem Gremium durch den Leiter der "Nationalen Agentur für Entwicklung und Europäische Integration" wahrgenommen, auf EU-Seite ist die Generaldirektion IA der Kommission zuständig.

### **Parlamentarischer Kooperationsausschuß**

Dieses Gremium besteht aus Mitgliedern des ukrainischen Parlaments und des Europäischen Parlaments. Es ist das Forum für den politischen Dialog zwischen den Parlamentariern aus der EU und der Ukraine. Der Parlamentarische Ausschuß tauscht mit dem Kooperationsausschuß Informationen aus und ist befugt, Empfehlungen auszusprechen. Ein erstes Treffen dieses Gremiums fand am 30. November 1998 in Brüssel statt.

### **Konfliktlösungsmechanismus**

Die Lösung von Streitigkeiten aus dem Abkommen sowie die Interpretation des Abkommens wird in den Artikeln 96, 97 und 102 geregelt. In der Praxis ist davon auszugehen, daß zunächst versucht wird, Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem PKA durch

bilaterale Konsultationen zu lösen; daran können sich nicht nur die EU, sondern auch deren einzelne Mitgliedsstaaten beteiligen. Führen derartige Gespräche zu keiner Lösung, hat zunächst der Kooperationsrat zu versuchen, eine Lösung zu finden, in dem er eine Empfehlung ausspricht. Führt dies nicht zum gewünschten Erfolg, können der Kooperationsrat, die Ukraine und die EU jeweils einen Vermittler benennen. Diese werden per Mehrheitsbeschluß eine Empfehlung abgeben, die jedoch nicht bindend ist. Ist eine der beiden Parteien der Ansicht, daß Verpflichtungen nicht eingehalten werden, kann sie entsprechende Maßnahmen ergreifen; sie muß allerdings zuvor den Kooperationsrat informieren und diesem genügend Zeit lassen, eine Lösung zu finden. Sollte jedoch eine der Parteien das Abkommen nicht anerkennen oder die grundlegenden Prinzipien der Demokratie, der Menschenrechte oder der Marktwirtschaft verletzen, dann kann die andere Partei das Abkommen ohne vorherige Konsultationen unverzüglich außer Kraft setzen. In jedem Fall sollen Vergeltungsmaßnahmen das Funktionieren des Abkommens so wenig wie möglich beeinträchtigen. In Ergänzung zu diesen Mechanismen besteht grundsätzlich die Möglichkeit, daß beide Parteien auch andere Konfliktlösungsmechanismen – inklusive juristischer – vereinbaren, die nach internationalem Recht zulässig sind. Einzelpersonen und Unternehmen aus der EU und der Ukraine müssen die Möglichkeit haben, ihre sich aus dem Abkommen und anderen Vereinbarungen und Gesetzen ergebenden Rechte effektiv zu verteidigen. Dazu garantieren EU und Ukraine Staatsangehörigen und juristischen Personen beider Seiten denselben Zugang zu Gerichten und Verwaltungsorganen, auf die auch eigene Bürger oder eigene juristische Personen Anspruch haben. Bei kommerziellen Streitigkeiten werden die EU und die Ukraine in Übereinstimmung mit internationalen Verfahrensweisen und auf Basis internationaler Gesetze die Anrufung eines Schiedsgerichtes unterstützen.

### **Globale Ausnahmen**

Die Bestimmungen des PKA sind für die Ukraine und die EU bindend; es bestehen nur wenige Fälle, in denen beide Seiten Maßnahmen ergreifen dürfen, die nicht mit dem Abkommen übereinstimmen. Es sind dies Maßnahmen:

- Um die Offenlegung wichtiger Staatsgeheimnisse zu verhindern
- Im Zusammenhang mit der Produktion und dem Handel von Waffen
- Besondere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung sowie zur Sicherung des Friedens.

Darüber hinaus behalten sich beide Seiten das Recht vor, in folgenden Fällen Beschränkungen in bezug auf den Marktzugang, Geschäftstätigkeiten und Investitionen zu verhängen, um:

- die öffentliche Sicherheit, die Volksgesundheit und die öffentliche Moral etc. zu schützen,
- natürliche Ressourcen, einschließlich Gold und Silber, Kunstschatze, geistiges Eigentum etc. zu schützen.

Diese Beschränkungen und Verbote dürfen jedoch kein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung oder eine versteckte Handelsbeschränkung darstellen.

## **Wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Das Ziel des PKA besteht darin, die Reformen in der Ukraine zu unterstützen und die wirtschaftliche Transformation des Landes voranzutreiben. Dazu hat das Abkommen 28 Bereiche fixiert, in denen beide Seiten zusammenarbeiten wollen:

- industrielle Zusammenarbeit
- Förderung und Schutz von Investitionen
- Öffentliches Auftragswesen
- Normen und Beurteilung der Konformität (Zertifizierung)
- Bergbau und Rohstoffe
- Wissenschaft und Technologie
- Bildung und Ausbildung
- Landwirtschaft
- Energie
- der zivile Nuklearsektor
- die Umwelt
- Transport
- Weltraumindustrie
- postalische Dienstleistungen und Telekommunikation
- Finanzdienstleistungen
- Bekämpfung der Geldwäsche
- Währungspolitik
- regionale Entwicklung, einschl. Kontakte auf regionaler Ebene
- Zusammenarbeit im sozialen Bereich: Gesundheit und Sicherheit, Beschäftigung und Sozialschutz
- Tourismus
- kleine und mittlere Unternehmen
- Information und Kommunikation
- Verbraucherschutz
- Zollwesen
- Statistik
- Wirtschaftswissenschaften
- Kampf gegen Drogen
- Kultur

Auf vielen dieser Gebiete kam und kommt es bereits zur Kooperation, wie etwa beim Austausch von Wissenschaftlern, beim Informationsaustausch über Unternehmensführung, beim Zollwesen oder etwa bei der Verbrechensbekämpfung. Das wichtigste Instrument der

EU zur Finanzierung und Umsetzung der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich ist das technische Hilfsprogramm Tacis, auf das noch in weiterer Folge eingegangen werden wird.

### **Die Partnerschaft im wirtschaftlichen Bereich**

Das PKA gewährt der Ukraine und der EU einen besseren Zugang zu den Märkten beider Seiten. In erster Linie soll dies dadurch erfolgen, daß beide Parteien einander ebenso behandeln wie andere Handelspartner auch; weiters soll ein fairer und freier Wettbewerb zwischen importierten und einheimischen Waren sichergestellt werden. Durch das PKA wurde außerdem bis zu einem gewissen Umfang der Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation (WTO) bereits vorweggenommen, in dem die Anwendung einer Vielzahl von WTO-Grundsätzen auf die bilateralen Handelsbeziehungen vereinbart wurde. Die EU und die Ukraine haben einander den Meistbegünstigungsstatus für den Warenhandel gewährt. Die Ukraine wurde damit auf dieselbe Stufe gestellt wie die WTO-Mitglieder. Das bedeutet, daß keine der beiden Parteien höhere Zölle oder Abgaben verhängen kann als diejenigen, die für ein anderes Land gelten. Weiters dürfen keine schlechteren Konditionen für handelsbezogene Zahlungen gelten und die Zollverfahren dürfen nicht schwerfälliger sein als für andere Länder, wobei die EU in diesem Zusammenhang als ein Land behandelt wird. Natürlich genießt die Ukraine noch nicht die zollfreie Handelsregelung der EU-Mitglieder, wobei die Prüfung einer Freihandelsregelung nach dem PKA möglich, bisher jedoch am Mangel an Wirtschaftsreformen in der Ukraine gescheitert ist; ebenso profitierte die EU bis zum Ende des Jahres 1998 nicht von jenen Vorteilen, die die Ukraine anderen Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei Zöllen und Zollverfahren gewährt. In keinem Fall profitieren die EU oder die Ukraine von Vorteilen, die Drittländern mit dem ausdrücklichen Ziel gewährt werden, eine Freihandelszone oder eine Zollunion zu schaffen. Ein Beispiel für diese Bestimmung sind die Beziehungen der EU zu den MOE-Staaten, mit denen über einen Beitritt zur EU verhandelt wird. In Übereinstimmung mit den WTO-Regelungen profitieren beide Parteien auch nicht von den Vorteilen, die Nachbarstaaten gewährt werden, um den Handel in Grenzregionen zu erleichtern. Seit dem 1. Jänner 1993 ist die Ukraine auch im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) begünstigt. Das APS ist eine Liste von Zolltarifen für industrielle und landwirtschaftliche Produkte, die niedriger sind als die Meistbegünstigungszölle. Durch das APS drückt die EU ihre "Präferenz" für diese Produkte aus, die die Ukraine in der EU billiger verkaufen kann als andere Länder. Ziel des APS ist es, die wirtschaftliche Entwicklung durch Exporte zu beschleunigen. Vor allem die Bandbreite der exportierten Waren im Bereich der Investitions- und Industriegüter soll vergrößert werden. Daher sind Zollsenkungen auf Sektoren und Produkte ausgerichtet, die weniger entwickelt oder noch nicht wettbewerbsfähig sind. Theoretisch könnte die Hälfte aller ukrainischen Exporte von den niedrigen Zöllen des APS profitieren; diese niedrigeren Tarife müssen jedoch beim Export der Waren beantragt werden, eine Möglichkeit, die ukrainische Exporteure nicht zuletzt wegen der mangelnden Konkurrenzfähigkeit ihrer Waren bisher noch nicht in vollem Umfang nutzen konnten. Das PKA untersagt die Nutzung von Kontingenten (mengenmäßigen Beschränkungen) bei Importen, läßt jedoch zwei Ausnahmen zu:

- zum Schutz junger Industrien, die noch nicht ausreichend entwickelt sind, um konkurrenzfähig zu sein.
- zum Schutz bestimmter Industrien, die ernsthafte Schwierigkeiten haben, die zu erheblichen sozialen Spannungen führen könnten.

Will die Ukraine aus diesen Gründen Einfuhrkontingente verhängen, muß sie folgende Bestimmungen beachten:

- die Ukraine muß(te) die EU über alle neuen Kontingente informieren und mit ihr Rücksprache halten
- die von diesen Kontingenten betroffenen Einfuhrmengen dürfen (durften) nicht mehr als 15 Prozent der Gesamtimporte aus der EU ausmachen
- die Beschränkungen müssen (mußten) für alle Handelspartner der Ukraine und nicht nur für die EU gelten, um keinen diskriminierenden Charakter zu haben
- diese Ausnahmeregelungen gelten für die Ukraine nur bis zu einem WTO-Beitritt, bzw. galten nur längstens bis Ende 1998. Sollte die Ukraine jedoch der WTO beitreten, wird sie sich auf ähnliche Ausnahmeregelungen berufen können, weil derartige Bestimmungen auch in der WTO vorgesehen sind.

Die EU kann ebenfalls Kontingente für die Einfuhr von Textilien und Stahlprodukten verhängen, zwei Industriebereiche, die in der EU mit Problemen zu kämpfen haben. Diese Kontingente sind in speziellen sektoralen Abkommen enthalten, die seit 1. Jänner 1993 für Textilien und seit 1. Jänner 1995 für Stahlprodukte in Kraft sind.

### **Überblick über weitere PKA-Bestimmungen**

Das PKA enthält zusätzlich Bestimmungen zur freien Durchfuhr von Waren, die für Drittländer bestimmt sind, zur Verbesserung der Gründung und der Tätigkeit von Unternehmen beider Seiten auf dem Territorium der jeweils anderen Partei. Darüber hinaus gewährt die EU der Ukraine auch die Meistbegünstigung bei der Unternehmensgründung, so daß es für eine ukrainische Firma genauso leicht ist, sich in der EU anzusiedeln wie für einen Betrieb aus einem anderen Nicht-EU-Land. Sobald ein Unternehmen gegründet wurde, besteht grundsätzlich die Inländergleichbehandlung, die jedoch für folgende Sektoren eingeschränkt ist: Bergbau, Fischerei, Grundstücke, audiovisuelle Dienstleistungen, Telekommunikation, gewisse freie Berufe, Landwirtschaft und Nachrichtenagenturen. Ebenso bestehen spezielle Regelungen für den Transport- und den Dienstleistungssektor. Weiters enthält das PKA Bestimmungen über Geschäftsbedingungen bzw. deren Entwicklung, über ausländisches Personal auf dem Territorium der jeweilig anderen Partei, über Zahlungen und Kapitalbewegungen sowie ein Bekenntnis der Ukraine, sich um eine Angleichung ihrer Gesetze an die in der EU geltenden Bestimmungen zu bemühen.

Schließlich verpflichten sich die EU und die Ukraine zu einem freien und fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen aber auch zwischen den von diesen Unternehmen angebotenen Waren. Daraus ergibt sich unter anderem, daß der Staat den Wettbewerb nicht durch unzulässige Subventionen einschränken darf. Beispielsweise müssen die Zollbehörden beider Vertragsparteien den tatsächlichen Marktwert der eingeführten Waren festlegen und dürfen nicht auf administrativer Ebene einen höheren oder niedrigeren Wert fixieren. Für bereits eingeführte Güter gilt, daß alle Arten von Steuern und Abgaben (z.B.: Verbrauchssteuern) nicht höher sein dürfen als für einheimische Waren. Dieses Gleichbehandlungsgebot gilt auch für Transport, Vertrieb, Kauf, Verkauf oder Verwendung der Waren. Für den Verkauf der Waren müssen in allen Fällen marktbezogene Preise gelten (z.B.: Verbot der Dumping-Preise). Sind die verlangten Preise zu niedrig, hat die einführende Partei die Möglichkeit, Antidumping-Maßnahmen zu ergreifen oder Antisubventionsabgaben zu erheben. Weiters können unter bestimmten Bedingungen auch Einfuhrkontingente für ein bestimmtes Produkt festgelegt werden. Antidumping- und Antisubventionsverfahren müssen mit den Regelungen der WTO übereinstimmen.

Das PKA enthält auch Regelungen für den Schutz des geistigen, des gewerblichen und des kommerziellen Eigentums. Beide Seiten müssen die illegale Einfuhr oder den illegalen Verkauf derartigen Eigentums verhindern. Zu diesem Zweck muß die Ukraine den Schutz

geistiger, gewerblicher und kommerzieller Eigentumsrechte verbessern, um die unbefugte Verwendung von Entwürfen, Warenzeichen, Patenten, Softwareprogrammen, künstlerischen Arbeiten etc. zu verhindern. Das PKA bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Verpflichtungen, die sich aus diesbezüglichen multilateralen Konventionen ergeben; das PKA besagt, daß die Ukraine vor dem 1. März des Jahres 2003 einer vereinbarten Liste dieser Konventionen zugestimmt haben sollte. Bis dahin müssen Unternehmen und Staatsangehörige der EU mindestens ebenso gut behandelt werden wie Bürger eines anderen Drittlandes; ausgenommen sind nur die Länder der ehemaligen UdSSR oder Länder, die vorteilhaftere Konditionen auf wechselseitiger Basis anbieten.

## **Das Tacis-Programm**

(Tacis: Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States)

Für die wichtigsten Kooperationsbereiche des PKAs stellt die EU Unterstützung durch ihr Tacis-Programm bereit. Mit diesem Programm soll die Entwicklung harmonischer und erfolgreicher wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zwischen der EU, den ehemaligen Sowjetrepubliken und der Mongolei gefördert werden. Ziel ist es, diese Staaten beim Aufbau demokratischer Institutionen, bei der Ausbildung von Beamten, bei der Reform der Gesetzgebung, bei der Verbesserung der Infrastruktur aber auch bei der Transformation der Wirtschaft oder bei der Restrukturierung einzelner Betriebe zu unterstützen. Tacis dient in diesem Zusammenhang der Wissensvermittlung nicht zuletzt durch Bereitstellung von Fachleuten, Studien und konkreten Ausbildungsprogrammen. Zur Umsetzung dieser Ziele stehen zwei grundlegende Planungsdokumente zur Verfügung und zwar erstens das:

### **Grundlagenprogramm ("Indicative Programm")**

Ein derartiges Programm wird für einen Zeitraum von vier Jahren erstellt (gegenwärtig 1996 bis 1999); es wird gemeinsam mit dem betroffenen Staat erarbeitet und berücksichtigt die Reformprioritäten dieses Landes und seine wirtschaftlichen Gegebenheiten. Festgelegt werden in dem Programm die grundlegenden Ziele und die Strategie für Tacis im betreffenden Partnerstaat. Dieses Indicative Programm wird von der EU-Kommission und vom Partnerstaat unterzeichnet; Zweitens festgelegt wird dann ein:

### **Aktionsprogramm**

Damit wird das Grundlagenprogramm umgesetzt; es werden einzelne Projekte und Aktivitäten festgelegt, wobei auch deren Finanzierung geregelt wird. Seit 1996 werden diese Aktionsprogramme für Rußland und die Ukraine jährlich – und für die anderen 11 Tacis-Partnerstaaten – im Zwei-Jahres-Rhythmus erarbeitet.

Ein Blick auf beide Programme läßt folgende Schwergewichtsbildung erkennen:

### **Institutionelle Reform und Entwicklung**

- Hilfe bei der Anpassung der ukrainischen Gesetzgebung, um enge Verbindungen zwischen der Ukraine und der EU herzustellen, sowie Einführung der ukrainischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt
- Unterstützung des Reformprozesses durch Schulung der Beamten auf zentraler und lokaler Ebene, Unterstützung der zuständigen Ministerien und Behörden bei der Reform und Entwicklung einer Sozialpolitik
- Unterstützung bei der Entwicklung einer umfassenden Beschäftigungspolitik und bei Fragen der Arbeitsgesellschaft sowie Umschulung und Neuvermittlung von ehemaligen Offizieren
- Unterstützung für einen sozialen Dialog und Stärkung der neu entstandenen dreigliedrigen Strukturen
- Unterstützung der kommunalen Behörden beim Transfer von Vermögen privatisierter Unternehmen
- Entwicklung eines komplexen Reformpakets für den Wohnungssektor beim Übergang zur Marktwirtschaft
- Unterstützung bei der Schulung im Qualitätsmanagement zur Förderung des Unternehmertums in der Ukraine
- Politische Beratung der Regierung des Parlaments und anderer politischer Entscheidungsorgane über die institutionelle und legislative Reform, den WTO-Beitritt, parlamentarische Verfahren usw.
- Unterstützung der Unternehmen durch das Produktivitätsinitiative-Programm (PIP), das Europäische Service-Netzwerk für das obere Management (ESSN) und Kooperation zwischen Handelskammern
- Unterstützung von KMU bei der Bildung von Gemeinschaftsunternehmen durch Vorbereitung und begrenzte Investitionsmittel
- Harmonisierungsprojekte im Bereich Zölle, Statistiken, Normen, Zertifizierung und Meteorologie sowie geistiges Eigentum
- Unterstützung demokratischer Initiativen und NRO in lokalen Initiativen

### **Wirtschaftsreform und Entwicklung des Privatsektors (Beispiele)**

#### **a) Verkehr und Telekommunikation**

- Unterstützung der Entwicklung von Telekommunikationsnormen und Zertifizierung, Ermittlung des Marktbedarfs
- Überprüfung des Telefonnetzes und Bereitstellung von Know-how über die Modernisierung von Kabel- und Satellitenverbindungen



- Unterstützung beim institutionellen Aufbau eines Verkehrssystems und Hilfe bei der Entwicklung eines Managementsystems für den Straßenverkehr
- Unterstützung der Modernisierung der Eisenbahn- und Hafeninfrastruktur
- Hilfe bei der Verbesserung der Luftverkehrskontrolle, Bewertung des Flugstreckennetzes und der Streckenplanung für Fluglinien.

#### b) Landwirtschaft

- Unterstützung des Übergangs vom Agrarsektor zur Marktwirtschaft durch Schaffung marktorientierter Managementstrukturen für Bauernhöfe, für die Nahrungsmittelindustrie und für die Marketingorganisation
- Unterstützung bei der Verbesserung der Anbaumethoden und Bereitstellung geeigneter Zusatzdienste für die Erzeuger mit Beratungsdiensten sowie Unterstützungsstrukturen für die Vermarktung und den Handel in der Landwirtschaft
- Unterstützung beim Aufbau eines Austauschnetzes für landwirtschaftliche Güter und Hilfe für die Zeit nach der Privatisierung, Hilfe beim Aufbau von landwirtschaftlichen Genossenschaften, privatisierten Bauernhöfen und Verbänden
- Hilfe bei der Forschung über die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit vorgeschlagener Investitionen, Bereitstellung vergleichender und praktischer Informationen für Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte über Einsatzmittel, Ausrüstung und Technologien sowie Möglichkeiten für den direkten Kontakt mit den Zulieferern
- Förderung fairer marktorientierter Beziehungen zwischen den Landwirten und den verarbeitenden Fabriken
- Unterstützung für die Einrichtung eines Systems zum nachhaltigen Management und Schutz der Landschaft und der biologischen Ressourcen.

#### c) Energie und Umwelt

- Unterstützung des Aufbaus einer marktorientierten Stromversorgungsindustrie und Hilfe bei der Ausarbeitung einer Energiesparpolitik auf nationaler Ebene
- Verbesserung der Leistung der Stromerzeugung und -versorgung durch die Einführung automatisierter Stromerzeugung, Übertragung und Verteilersteuerung
- Unterstützung der Neuorganisation von Verwaltung und Industrie des Öl- und Gassektors auf nationaler Ebene einschließlich Aufbau der notwendigen Rechtsgrundlagen zur Förderung von Auslandsinvestitionen in diesem Sektor
- Beitrag zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen, die von der Umstrukturierung der Kohleindustrie betroffen sind
- Hilfe der Entwicklung langfristiger politischer Maßnahmen für eine zuverlässige und umweltfreundliche Energieversorgung
- Entwicklung der Fähigkeiten, um auf nationaler Ebene vorrangige Bereiche wie die Entsorgung von Feststoffen und Sondermüll, Abwasser- und Umweltschutzgesetzgebung zu bewältigen
- Regionale Kooperation im Umweltschutz, Unterstützung der Schwarzmeer- und Donaubeckenprogramme, Förderung des Umweltbewußtseins und Entwicklung gemeinsamer Umweltschutzpolitiken, Bewahrung der biologischen und landschaftlichen Vielfalt, Schaffung grenzüberschreitender ökologischer Netze

## **Nukleare Sicherheit (Modernisierung von AKWs, Stilllegung von Tschernobyl)**

Dem Nuklearen Sicherheitsprogramm von Tacis sind mehr als 150 Millionen ECU zugeteilt worden und etwa 100 wurden eingeleitet oder werden in Kürze (Stand Oktober 1998) zugeteilt. Sie sind bestimmt für:

- Die betriebliche Unterstützung von Kernkraftwerken und unterstützende Maßnahmen vor Ort
- Unterstützung der Aufsichtsbehörde und ihrer technischen Unterstützungseinrichtungen
- Entwicklung / baldige technische Verbesserungen für die Sicherheit der Reaktoren
- Wiederaufbereitung nuklearer Brennstoffe und radioaktiver Abfälle
- Kontrolle nuklearer Materialien

## **Forschungs- und Entwicklungsprogramme**

- Dreißig FuE-Projekte (weitere sind geplant) in bezug auf die nukleare Sicherheit und den Strahlenschutz wurden im Rahmen des Abkommens über die Internationale Zusammenarbeit in bezug auf die Folgen des Unglücks von Tschernobyl sowie in bezug auf die Beseitigung radioaktiven Abfalls gestartet, an dem Rußland und Belarus sowie die Ukraine beteiligt sind
- Drei Millionen ECU für das Wissenschafts- und Technologiezentrum der Ukraine, für das die Arbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit eine hohe Priorität darstellen wird.

Die EU ist ein wichtiger Akteur bei der Umsetzung der in der Absichtserklärung der von den G7-Staaten dargelegten Prioritäten in bezug auf die Stilllegung von Tschernobyl. Sie beinhaltet die folgenden drei wichtigen Zielsetzungen:

- Die Stilllegung von Tschernobyl und die Instandsetzung des Sarkophags
- Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Stilllegung von Tschernobyl, einschließlich der Bereitstellung neuer Kapazitäten zur Energieerzeugung
- Die Gesamtreform des Energiesektors (einschließlich nicht-nuklearer Energieerzeugung).

## **Tschernobyl**

Um die Stilllegung von Tschernobyl zu erleichtern und die Sicherheit an dem bestehenden Standort zu gewährleisten hat die EU Unterstützung in folgenden Bereichen bereitgestellt:

- 100 Millionen ECU für einen speziellen Schutzfonds, der von der EBWE verwaltet wird.
- 40 Millionen ECU für die Stilllegung der Blöcke 1 bis 3 und für eine Abfallaufbereitungs- und Entsorgungsanlage, vorbehaltlich eines Beitrags der Ukraine.
- Beratung des Managements von Tschernobyl über die Abschaltung und Unterstützung bei der Bekämpfung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Stilllegung.

## **Größere Unterstützung für den Energiesektor**

- Erwägung eines großen Euratom-Kredits für die Fertigstellung und die Aktualisierung der Sicherheitsvorkehrungen von zwei nuklearen Sicherheitsblöcken – Rivne 4 und Chmelnyckyj 2 (R4/K2)
- Fortlaufende Unterstützung für die langfristige Finanzierung und Umstrukturierung des Energiesektors, Unterstützung für den Prozeß der öffentlichen Beteiligung und die Vorbereitung von Angeboten.

Im Zuge der jährlichen Tacis-Aktionsprogramme wurden im Jahre 1998 unter anderem folgende Unterstützungen gewährt: zur Reform der Schlüsselministerien, zur Ausbildung der mittleren ukrainischen Beamtenchicht sowie Unterstützung für das Ukrainische Zentrum für Europapolitik und Rechtsberatung, das vor allem bei der Umsetzung des PKA eine wichtige Rolle spielen soll. Gefördert wurde außerdem die Harmonisierung des ukrainischen Arbeitsrechts mit dem in der EU sowie die ukrainische "Straßenverwaltung" wobei auch auf

eine Erhöhung der Verkehrssicherheit Wert gelegt wurde. Beihilfe geleistet wurde weiters bei der Privatisierung und bei der Restrukturierung von Unternehmen (z.B.: Carpaty-Möbelfabrik in Lemberg), beim Management der Banken, sowie bei der Herausbildung eines funktionierenden Insolvenz- und Konkursrechts. In der Karpatenregion und auf der Krim unterstützte Tacis die Förderung des lokalen Tourismus. Auf dem Energie- und Umweltsektor wurde die Ukraine bei der Liberalisierung des Energiemarktes, bei der Umstrukturierung diesbezüglicher Unternehmen und bei der sozialen Abfederung der damit verbundenen sozialen Folgen für die Beschäftigten in diesen Betrieben unterstützt. Konkret betrifft dies etwa die Umstrukturierung des Kohlebergbaus in Donezk sowie energiesparende Projekte. Technische Hilfe geleistet wurde auch dem Ausbildungszentrum für Energiemanagement in Kiew, das Mitarbeiter der Industrie und der Energieunternehmen schult. Was die geographische Gliederung der Tacis-Programme betrifft, so wurden im Jahre 1998 sechs der 18 Projekte außerhalb Kiews durchgeführt, zwei davon auf der Krim, eines in Donezk, eines in der Karpatenregion und je eines im Raum Charkiw und in Mariupol (Südukraine). Tacis finanziert aber auch eine Reihe von kleineren Rahmenprogrammen, wobei ähnliche Projekte zusammengefaßt werden, um schneller und effizienter wirken zu können. Dazu zählen:

- European Expertise Service (ESS) – Bereitstellung von politischer Beratung auf hohem Niveau für öffentliche Einrichtungen in der Ukraine
- Intas / Kopernikus – Förderung gemeinsamer Forschungsprojekte mit Westeuropa; seit 1995 wurden im Rahmen dieser Programme gemeinsame Forschungsprojekte entwickelt. 1996 wurden 75 gemeinsame Projekte unter Beteiligung ukrainischer Forschungseinrichtungen ausgewählt und pro Projekt mit durchschnittlich 150.000 ECU unterstützt. Diese Projekte beziehen sich allgemein auf die Bereiche Physik, Astronomie, Mathematik, Telekommunikation, Informationstechnologie, Biowissenschaften, Umwelt und Energie. Außerdem trat die EU dem internationalen Wissenschafts- und Technologiezentrum in Kiew als Mitglied des Aufsichtsgremiums bei und unterstützt dieses Zentrum im Rahmen von Tacis. Dieses Zentrum in Kiew soll ebenso wie sein "größerer Bruder" in Moskau Wissenschaftler aus dem Militär-Industriellen-Komplex unterstützen, um deren Abwanderung und damit die Proliferation von Know-how zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Die EU hat dieses Zentrum, das ursprünglich von den USA, Kanada und Schweden gemeinsam mit der Ukraine ins Leben gerufen wurde, mit 3 Millionen ECU unterstützt. Seit seiner Gründung im Jahre 1995 hat das internationale Wissenschafts- und Technologiezentrum in Kiew mehr als 130 Projekte im Gesamtwert von 17 Millionen ECU finanziert und etwa 2.300 Wissenschaftler und Ingenieure in der Ukraine unterstützt.
- Demokratieprogramm – Erleichterung der Entwicklung von Institutionen und Verfahrensweisen in der Ukraine
- LIEN – Aufbau von NROs, die im Sozialsektor tätig sind und benachteiligte Gemeinden unterstützen
- Städtepartnerschaften – Herstellung von Beziehungen zwischen ukrainischen Städten und Städten in der Europäischen Union
- Ouverture – Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ukrainischen Regionen und Städten
- Tempus – Förderung von Austauschmaßnahmen zwischen Hochschuleinrichtungen der Europäischen Union und der Ukraine, die seit 1993 an diesem Programm teilnehmen kann. Sein Ziel ist unter anderem die Reform der universitären Verwaltung, Reform

der Studienpläne sowie Aus- und Weiterbildung der Universitätslehrer auf den Gebieten Wirtschaft, europäische Fremdsprachen, Sozialwissenschaften und Europarecht. Zwischen 1993 und 1996 wurden 58 Projekte finanziert, darunter 15, die dreijährige europäische Gemeinschaftsprojekte sind. Der Schwerpunkt für 1998/99 liegt bei den Rechtswissenschaften auf dem Europarecht sowie auf den Internationalen Beziehungen, bei den Umweltwissenschaften auf den Gebieten Energie und Gesundheitsvorsorge; bei den Bereichen Landwirtschaft und Lebensmittel sollen vor allem Kurzstudien entwickelt sowie die angebotene Ausbildung verbessert, moderne Lehrbücher entwickelt und auch eine Fremdsprachenausbildung eingebaut werden.

- Echo – Humanitäre Hilfe im Zusammenhang mit den direkten Folgen der Katastrophe von Tschernobyl; angesichts drohender Epidemien hat Echo im Jahre 1996 eine Massenimpfung gegen Diphtherie mit 1,3 Millionen ECU finanziert und den Ausbruch der Cholera in den südlichen Landesteilen der Ukraine bekämpft. (1995 wurden auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR nach Angaben der EU 50.385 Fälle von Diphtherie registriert, das entspricht 99,9 Prozent aller Fälle in Europa und etwa 80 Prozent der registrierten Diphtherie-Fälle weltweit. Die Ausbreitung der Diphtherie konnte in der Ukraine eingedämmt werden, doch bestand die Gefahr dieser Krankheit weiter, wobei 1996 10 Millionen Ukrainer dringend eine entsprechende Impfung benötigten.) Im Juli 1998 billigte die EU-Kommission für Rußland und die Ukraine humanitäre Hilfsprojekte im Umfang von 1,565 Millionen ECU im Rahmen des ECHO-Programms. Finanziert wurden in der Ukraine in diesem Zusammenhang die Behandlung von Schilddrüsenkrebs bei Kindern in Folge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (465.000 ECU) sowie die Bekämpfung von Tuberkulose-Erkrankungen in Transkarpatien und Sibirien (850.000 ECU). Dabei wurde auch mit privaten Hilfsorganisationen wie "Ärzte ohne Grenzen" zusammengearbeitet.
- Bistro – Dieses Programm dient dazu vor allem kleine Projekte bis zu 100.000 ECU zu finanzieren. Es ergänzt das Tacis-Programm, wenn eine Unterstützung in kleinem Rahmen Erfolg verspricht, wobei insbesondere der Know-how-Transfer rasch erfolgen soll.
- SSTA – Small Scale Technical Assistance; dieses Programm dient dazu, Kosten für Expertisen für die Erarbeitung von Projekten abzudecken und Pilotprojekte zu unterstützen. Außerdem dient es dazu, die Umsetzung von Projekten zu überwachen. SSTA wird von der EU-Vertretung in Kiew verwaltet.
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

Im Rahmen des Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (CBS) von Tacis werden grenzüberschreitende Projekte mit Beteiligung der NUS (Neuen Unabhängigen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR) und der EU sowie der NUS und mitteleuropäischer Länder entwickelt. Ein wichtiger Aspekt dieses Programms ist die Sicherung der gemeinsamen EU/NUS-Grenze und die Entwicklung der Ostgrenze der mitteleuropäischen Länder im Hinblick auf ihren EU-Beitritt. Im Fall der Ukraine handelt es sich um die Grenzen mit Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien. Schwerpunkt der Kooperation ist die Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit der Grenzkontrollen und des Transits sowie die Lösung grenzüberschreitender Umweltprobleme. Eines der Projekte des Programms aus dem Jahre 1997 beschäftigt sich mit der Entwicklung eines Überwachungssystems der Wasserqualität für das gemeinsame Management regionaler Flußbecken zwischen der Ukraine, Belarus, Polen und der Slowakei. Ein weiteres Projekt bezieht sich auf den Ausbau des Grenzübergangs bei Yagodin-Dorohst an der ukrainisch-polnischen Grenze.

## **Transeuropäische Netze (TENs):**

Die Europäische Union fördert aktiv die Anbindung der Verkehrsnetze zwischen der EU und der Ukraine. In bezug auf den Straßen- und Schienenverkehr betrifft dies vor allem die wichtige Achse Helsinki - St. Petersburg - Moskau - Kiew sowie die Achse Berlin/Dresden - Breslau - Kattowitz - Krakau - Lemberg - Kiew. Im Bereich Schifffahrt ist die EU ein aktiver Partner regionaler Behörden an der Schwarzmeerküste, die sich um die Entwicklung von Häfen auf Regionalebene bemühen. Im Energiesektor unterstützt die EU aktiv die regionale Anbindung der Öl- und Gasleitungen, um den Öl- und Gastransport innerhalb der Region und in die Europäische Union zu erleichtern. Dazu gehört die Sanierung der Gasleitungsnetze zwischen der Ukraine, Belarus und Moldau sowie wichtiger Ölkorridore wie die Druschba-Pipeline. Die EU hilft auch aktiv bei der Suche nach anderen Wegen für Öl und Gas in der Schwarzmeerregion.

## **Die strategische Bedeutung der Ukraine und die bilateralen Beziehungen Brüssel - Kiew**

Die radikale Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Ära Krawtschuk, der ungeklärte Status der ukrainischen Atomwaffen, der mit prorussischen Parolen errungene Wahlsieg Kutschmas, dessen zunächst hoffnungsvolle Reformpolitik und nicht zuletzt die geopolitische Bedeutung der Ukraine dürften zu den Hauptgründen zu zählen sein, die die EU im Herbst 1994 dazu veranlaßten, eine Strategie gegenüber der Ukraine zu entwickeln. Diese Strategie sollte die Grundlage sein für eine gemeinsame Position der EU gegenüber der Ukraine. Formuliert wurde diese Strategie in einem internen Dokument mit dem Titel "Union Strategy towards Ukraine" (3), in dem die Ziele und Interessen der EU in und an der Ukraine formuliert wurden.

Verwiesen wird zunächst auf die geographische Lage des Landes zwischen Rußland und den MOE-Staaten, wobei die Unabhängigkeit der Ukraine als "vital" für die Stabilität der Region und deren demokratische Entwicklung bezeichnet wird. Das Schicksal der Ukraine sei von beträchtlicher Bedeutung für die Sicherheit der EU und der MOE-Staaten, wobei in Parenthese angemerkt wird, daß "jedes Wiederaufleben eines russischen Imperialismus, das gegenwärtig überhaupt nicht erkennbar sei, durch eine starke und unabhängige Ukraine eingedämmt würde". Nach einem Hinweis auf das beträchtliche Potential der Ukraine nicht zuletzt für eine wirtschaftliche und politische Partnerschaft mit der EU wird in dem Dokument die rhetorische Frage gestellt: "Why Act Now?" Die Antwort lautet: "The EU's support could turn out to be crucial for the success of the efforts deployed by Ukraine since the election in July of President Kutchma to overcome its current difficulties and to transform itself into a democratic state applying the principles of the market economy." Je nachdem, ob und wie sich die außenpolitischen Beziehungen zwischen der Ukraine, Rußland und dem Westen entwickeln und abhängig davon, ob die geplanten Wirtschaftsreformen beschlossen und auch tatsächlich umgesetzt werden, waren nach Ansicht der EU/WEU Ende 1994 drei Szenarien der weiteren Entwicklung der Ukraine denkbar, die in diesem Dokument folgendermaßen beschrieben werden:

### **1. Stabilisierung:**

- Präsident und Parlament beschließen und verwirklichen umfangreiche Wirtschaftsreformen und können mit beträchtlicher westlicher Finanzhilfe rechnen;
- Entspanntere Beziehungen zwischen Kiew und Moskau, weil die Ukraine ihre Unabhängigkeit durch Einbindung in westliche Sicherheitsstrukturen nicht mehr als von Rußland bedroht sieht;

- Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag und verbesserte Beziehungen mit dem Westen.

## 2. Stagnation:

- Kiew beschließt nur halbherzige Reformen, die Wirtschaftskrise dauert an.
- Die Ukraine reaktiviert ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland und zur GUS, würde aber nicht viele neue Absatzmärkte finden. Die politische Zusammenarbeit mit der GUS wächst, und die Sicherheitsstrukturen könnten wieder gestärkt werden.
- Die Beziehungen der Ukraine zum Westen würden nur mehr von zweitrangiger Bedeutung, der westliche Einfluß und seine Finanzhilfe würden beschränkt sein.

## 3. Zusammenbruch:

- Wirtschaftsreformen werden nicht beschlossen oder nicht umgesetzt.
- Die Folgen wären wirtschaftlicher Kollaps und eine Gefährdung der Unabhängigkeit des Landes.
- Die Spannungen zwischen der West- und der Ostukraine würden zunehmen, die Krim würde ihr Streben nach Unabhängigkeit verstärken; im schlimmsten Fall könnte das Land zerbrechen, und die Lage könnte ein Eingreifen Rußlands hervorrufen oder Rußland selbst könnte intervenieren, um die Stabilität aufrechtzuerhalten.

Den drei Szenarien, auf die zum Abschluß dieser Studie noch ein eingegangen werden wird, folgen im zitierten Dokument konkrete Handlungsanleitungen für die EU, die sich in folgende vier Punkte gliedert: Politische Beziehungen, Demokratische Entwicklung, Sicherheit und Wirtschaft. Wörtlich heißt es dazu in den Papieren im Zusammenhang mit den politischen Beziehungen:

1. "The objective is to establish a strong political relationship with the new leading team although Mr. Koutschma doubts the West wants to help Ukraine. If there is no true dialogue with Kiev leaders, Ukraine could find itself under Russian influence for foreign policy issues."
2. Die Westmächte wollen die Ukraine daher in eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur einbinden und betonen die Bedeutung der territorialen Integrität des Landes.
3. Gewährung von Sicherheitsgarantien im Gegenzug zum Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag. Großbritannien, Frankreich und die USA (aber auch Rußland) haben derartige Garantien bereits abgegeben. Garantiert wird vor allem die territoriale Integrität des Landes; außerdem verpflichten sich die Atommächte, die Ukraine weder anzugreifen noch durch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen unter Druck zu setzen. Entscheidend für die Ukraine sind praktisch nur Garantien der USA, wobei sich Kiew allerdings nicht sicher sein kann, ob diese beim Eintritt des casus foederis (Aggression Rußlands) auch wirklich eingehalten werden. So hat der frühere Präsident Krawtschuk diese westlichen Zusagen bereits unmittelbar nach ihrer Abgabe als Illusion bezeichnet. Sollte Rußland künftig Anspruch auf die Krim erheben, würden weder die USA noch Großbritannien die Unversehrtheit der Ukraine schützen, befürchtete Krawtschuk, eine Sorge die sich bisher allerdings als unbegründet erwiesen hat.
4. Gefördert werden soll die rasche Einrichtung des NATO-Programms "Partnerschaft für den Frieden" sowie KSZE-Missionen und ein KSZE-Büro etwa auf der Krim.

5. Regelmäßige hochrangige Besuche der EU in der Ukraine und Kontakte auf Außenministerebene (EU-Trojka); Unterstützung des ukrainischen Wunsches nach Teilnahme in internationalen Organisationen (z.B.: Europarat). Eine derartige Verankerung im Westen dürfte es der Ukraine auch erleichtern, gegenüber Rußland Zugeständnisse etwa in der Frage der Schwarzmeerflotte zu machen.
6. Förderung stabilerer Beziehungen zwischen Moskau und Kiew. Damit könnte auch ein Konfliktpotential zwischen Rußland und dem Westen über den Status der Ukraine beseitigt werden.
7. Nachdem durch die NATO-Programme "Partnerschaft für den Frieden" vor allem gegenüber den sechs mittelosteuropäischen Reformländern die Ost-Erweiterung der NATO nur aufgeschoben wurde, nunmehr aber beschleunigt werden soll und auch weiterhin mit russischer Ablehnung zu rechnen ist, bildet eine unabhängige Ukraine für den Westen einen beträchtlichen geopolitischen Triumph. In diesem Sinne ist die Ukraine als Brücke aber auch als Barriere zwischen einer um die sechs Reformstaaten erweiterten westlichen Sicherheits- und Wirtschaftsgemeinschaft sowie Rußland zu betrachten.
8. Umfangreiche technische Hilfe des Westens für alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens der Ukraine.
9. Erhöhung der Sicherheit der ukrainischen Atomkraftwerke sowie Stilllegung von Tschernobyl.
10. Massive Finanzhilfe, sobald die Ukraine mit ernsthaften Reformen begonnen hat, wobei sich die Westmächte genauso wie im Falle Rußlands nun der Tatsache bewußt sind, daß sie die Entwicklung in der Ukraine nur in sehr begrenztem Umfang beeinflussen können.

Die Anerkennung der Bedeutung der Ukraine für die Bewahrung des "geopolitischen Pluralismus" auf dem Territorium der früheren Sowjetunion sowie die Rolle der Ukraine bei Energieexporten aus Rußland bzw. für deren Umgehung im Rahmen des "Great Game" um das Kaspische Meer führten dazu, daß der EU-Rat im November 1994 einen "Gemeinsamen Standpunkt" gegenüber der Ukraine verabschiedete. Darin verpflichtete sich die EU und deren Mitglieder, die Unabhängigkeit, die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine zu unterstützen. Der Schwerpunkt der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine wurde auf die bilateralen Beziehungen zwischen Brüssel und Kiew gelegt. Als Prioritäten wurden in diesem "Gemeinsamen Standpunkt" genannt: Entwicklung einer starken politischen Beziehung, Unterstützung der ukrainischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität, ihrer politischen und wirtschaftlichen Reformen und ihrer Integration in die Weltwirtschaft durch die Umsetzung des PKA und des G 7 Planes für nukleare Sicherheit und für die Reform des Energiesektors, der 1995 in Neapel beschlossen worden war. Umgesetzt wurde dieser "Gemeinsamen Standpunkt" im Rahmen des weiter oben dargestellten politischen Konsultationsmechanismus, durch das PKA und die diversen Hilfsprogramme, sowie durch die weitgehende Umsetzung jener Vorschläge, die im ausführlich zitierten internen EU-Positionspapier zur Ukraine unterbreitet worden waren.

Am 1. Februar 1996 trat das Interimsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft, das wiederum die handelsrelevanten Bereiche des PKA in Kraft setzte. Das Interimsabkommen war im Juni 1995 während des Besuchs von Präsident Kutschma bei der EU in Brüssel unterzeichnet worden.

Zwischen 11. und 13. September 1996 stattete EU-Kommissionspräsident Hans van den Broek der Ukraine einen offiziellen Besuch ab. Dieser Besuch im Rahmen des politischen Dialoges sollte zeigen, daß die EU die Bedeutung der Ukraine für eine demokratische und stabile Entwicklung in Mittelosteuropa anerkennt. Zentrale Themen des Besuchs waren wie

so oft die Reformen in der Ukraine, das Tacis-Programm und die Umsetzung des Interimsabkommens sowie die Reform des Energiesektors.

Am 20. November 1996 nahm die EU-Kommission einen "Aktionsplan" für die Ukraine an. Dieses Dokument umfaßt zwei einander ergänzende Zielsetzungen. Erstens sollte der Ukraine angesichts ihres Wunsches nach einer festeren Verankerung in den Europäischen Strukturen, ein stärkeres politisches Signal des Beistands durch die EU gegeben werden. Zweitens sollte nach Möglichkeiten für einen besseren Ausbau der bestehenden Hilfe und Verbindungen zwischen der EU, ihren Mitgliedern und der Ukraine gesucht werden. Die Kommission schlug vor, die Kooperation zwischen Brüssel und Kiew im Rahmen des Aktionsplans auf sechs Punkte zu konzentrieren:

#### 1. Unterstützung für die Wirtschaftsreformen

Die EU sagt zu, die Politik der makroökonomischen Stabilisierung gemeinsam mit dem IMF zu unterstützen; außerdem sollten von der EU auch die ukrainischen Anstrengungen unterstützt werden, den Übergang zu einer Marktwirtschaft zu beschleunigen (Privatisierung, Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben, ein dynamischerer Arbeitsmarkt).

#### 2. Die Transformation der ukrainischen Gesellschaft

Auf diesem Gebiet sagte die EU ihre Unterstützung für folgende Bereiche zu: Gesetzliche und administrative Reformen, Konsolidierung der demokratischen Institutionen und der Bürgerrechte, Modernisierung des Erziehungssystems, Beamtenausbildung, Entwicklung eines neuen Systems des Zivilschutzes.

#### 3. Integration in die Europäische Sicherheitsarchitektur

Verstärkung all jener Maßnahmen, die die EU im Rahmen ihres "Gemeinsamen Standpunktes" gegenüber der Ukraine angekündigt hatte. Verstärkter politischer Dialog mit der Ukraine, Zusammenarbeit im Nordatlantischen Partnerschaftsrat, beim Programm Partnerschaft für den Frieden und in der WEU.

#### 4. Unterstützung der regionalen Kooperation

Hierbei soll die Ukraine bei der Entwicklung ihrer Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten unterstützt werden. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die zukünftige Mitgliedschaft der Ukraine in der CEFTA, in der Zentraleuropäischen Freihandelszone, gelegt. Unter besonderer Berücksichtigung der ukrainischen Zusammenarbeit mit den Schwarzmeer-Anrainerstaaten wurden folgende vier unterstützenswerte Punkte genannt:

- a) Öffnung des Zugangs zum Kaspischen Meer und nach Zentralasien, um der Ukraine eine Diversifikation ihrer Energieversorgung zu ermöglichen.
- b) Stabilisierung eines besonders sensiblen geopolitischen Blocks (gemeint ist dabei die nunmehrige Gruppe GUUAM innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (die GUUAM besteht aus Georgien, der Ukraine, Usbekistan, Aserbajdschan und Moldawien).
- c) Verstärkung der Zusammenarbeit in der Schwarzmeer-Region, insbesondere im Schwarzmeer-Wirtschafts-Kooperations-Rat.
- d) Bessere Koordinierung der Hilfsprogramme (Tacis etc.)

#### 5 Herstellung stärkerer vertraglicher Beziehungen:

- a) Umsetzung des Interimsabkommens und des Potentials des PKA



In diesem Zusammenhang wurde die nunmehr bereits erfolgte Ratifizierung des PKA durch die EU-Mitglieder als Priorität genannt. Die Entwicklung der im PKA vorgesehenen Vertragsbeziehungen soll zu einer schrittweisen Annäherung zwischen beiden Parteien auf dem Gebiet des Handels, der Industrie der Wissenschaft und der Rechtsannäherung führen. Außerdem sollen jene Punkte des PKA umgesetzt werden, die für die Transformation der ukrainischen Gesellschaft wichtig sind.

#### b) Bilateraler Handel

Trotz der zum damaligen Zeitpunkt positiven Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Kiew und Brüssel wurde auf die nach wie vor große Abhängigkeit der Ukraine vom GUS-Markt verwiesen. Um das Handelsbilanzdefizit der Ukraine mit der EU abzubauen, sollten Aktivitäten in drei Bereichen gesetzt werden: Eine gemeinsame Arbeitsgruppe sollte die Gründe für dieses Defizit bestimmen; Außerdem sagte die EU zu, die Ukraine bei ihrer angestrebten Mitgliedschaft in der WTO zu unterstützen; und schließlich sollten die mengenmäßigen Beschränkungen für ukrainische Stahlimporte in die EU verringert werden.

#### c) Investitionen

Die EU sagte zu, die Ukraine dabei zu unterstützen, die entsprechenden Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen zu schaffen. Verwiesen wurde in diesem Bereich auch auf die Notwendigkeit, intellektuelles Eigentum effektiv zu schützen. Die EU sagte der Ukraine zu, ihr in beiden genannten Bereichen zu helfen.

### 6. Reform des Energiesektors

Auch auf diesem Gebiet sagte die EU der Ukraine ihre Unterstützung zu, wobei sie neuerlich auf die Vereinbarung zwischen der Ukraine und den G-7-Staaten von Dezember 1995 verwies, worin sich die Ukraine verpflichtet hatte Tschernobyl vor dem Jahr 2000 stillzulegen.

Am 20. März 1997 unterzeichneten die EU-Kommission und die Ukraine ein neues Stahlabkommen. Es sollte der Ukraine gestatten, ihren Absatz von bestimmten Stahl und Eisenprodukten bis zum Jahr 2001 zu erhöhen. Die Umsetzung dieses Abkommens wurde von der EU an die Bedingung geknüpft, wonach die Ukraine normale Wettbewerbsbedingungen vor allem bei der Wettbewerbspolitik bei der staatlichen Unterstützung und beim Umweltschutz zu garantieren habe. Ziel des Abkommens war es, der Ukraine bei jenen Eisen- und Stahlprodukten entgegenzukommen, die sie auch im Westen absetzen kann. In diesem Zusammenhang wurden bereits bestehende Quotensysteme angepaßt. Der Import von Stahlprodukten aus der Ukraine stieg von 660.000 Tonnen im Jahre 1993 auf 1,6 Millionen Tonnen im Jahre 1995. In den ersten neun Monaten des Jahres 1996 importierte die EU 765.000 Tonnen Stahl aus der Ukraine, das bedeutet, daß die Zahl des Jahres 1995 zweifellos nicht mehr erreicht werden konnte.

Am 9. Juni 1998 kam es zur ersten Tagung des Kooperationsrates zwischen der EU und der Ukraine. Dieses Gremium war durch das PKA ins Leben gerufen worden. An dem Treffen nahmen der britische Außenminister und EU-Ratsvorsitzende Robin Cook und der ukrainische Ministerpräsident Waleri Pustowoitenko als Delegationsleiter teil. Die EU-Kommission war durch Hans van den Broek vertreten. Zentrales Thema war die Umsetzung des PKA; dabei wurde das gemeinsame Arbeitsprogramm für die Umsetzung des PKA in den Jahren 98 und 99 festgelegt. In diesem Zusammenhang war und ist unter anderem vorgesehen, folgende Bereiche umzusetzen. Wissenschaft und Technologie, industrielle Zusammenarbeit, Auslandsinvestitionen, nukleare Sicherheit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und natürlich auch der Kampf gegen die organisierte Kriminalität.

Außerdem zeigte sich die Ukraine bestrebt, in einer noch nicht näher definierten Form in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU einbezogen zu werden. Außerdem trat die Ukraine dafür ein, auch in institutioneller Hinsicht mehr an die EU heranzurücken. Diese

beiden Vorstöße wurden mit großer Zurückhaltung aufgenommen, wobei die EU eine engere institutionelle Anbindung mit dem Hinweis auf die in der Ukraine fehlenden Voraussetzungen zurückwies. Deutlich machte Kiew auch seine Befürchtungen, wonach sich eine künftige Mitgliedschaft Polens, Ungarns und Tschechiens in der EU negativ auf die Ukraine auswirken könne (Handel, Zoll und Visum).

### **Der Ukraine-EU-Gipfel von Wien**

Am 16. Oktober 1998 fand in Wien der EU-Ukraine-Gipfel statt. Es war dies das erste Gipfeltreffen seit Inkrafttreten des PKA im März 1998. Dabei wurde Kiew Gelegenheit gegeben, seine Vorstellungen gegenüber der EU zu präzisieren. Präsident Kutschma betonte in Wien unmißverständlich, daß er ein Signal einer langfristigen EU-Beitrittsperspektive für sein Land erwarte. "Wir sind realistisch genug, um zu wissen, daß die wirtschaftlichen Bedingungen (der Ukraine) einen Beitritt derzeit noch nicht gestatten", sagte er. Brüssel solle aber konkrete Verhandlungen über die Schaffung eines Freihandelsabkommens aufnehmen, um langfristig ein Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU zu erreichen, forderte Kutschma. Auch wünsche sich die Ukraine die Aufnahme in die Europakonferenz der EU. "Es wäre wohl an der Zeit, der Ukraine den Status eines marktwirtschaftlichen Staates zuzuerkennen", fügte Kutschma hinzu. Die Ukraine erwartet von der EU weitere Schritte zur Teilnahme am europäischen Integrationsprozeß. Ansonsten drohe eine "neuerliche Spaltung Europas", warnte der ukrainische Präsident Leonid Kutschma zum Abschluß des Gipfels Ukraine-EU in Wien. EU-Ratsvorsitzender Bundeskanzler Viktor Klima und Kommissionspräsident Jacques Santer betonten die Notwendigkeit einer "schrittweisen" Heranführung Kiews an Europa auf Basis des bestehenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens.

Außenminister Wolfgang Schäussel hat bei seinem Treffen mit Präsident Kutschma die strategische Bedeutung der Ukraine und ihre Verankerung in Mitteleuropa betont. "Die Ukraine gehört zum erweiterten Mitteleuropa. Ihre Integration in die europäischen Netzwerke muß schrittweise erfolgen", sagte Schäussel. "Die Integration der Ukraine ist unter anderem deshalb so wichtig, weil sie eine Brücke zu den zentralasiatischen Staaten darstellt", sagte Schäussel. Generell forderte die EU die Ukraine zur Durchführung der Strukturreformen und zur Umsetzung des PKA auf. Für die Ukraine selbst war das Ergebnis des Gipfels enttäuschend, was aber auf eine unrealistische ukrainische Erwartungshaltung zurückzuführen ist.

Parallel dazu arbeitet die EU an einer Ukraine-Strategie, die noch im Laufe der deutschen Präsidentschaft verabschiedet werden sollte, beim Gipfel in Köln – anders als die EU-Rußland-Strategie – jedoch nicht verabschiedet worden ist. Obwohl der Wiener Gipfel keine substantiellen Stellungnahmen zu den sehr weitgehenden ukrainischen Vorstellungen brachte, gab es doch wieder einige finanzielle Zusagen durch die EU:

- Ein Zahlungsbilanzdarlehen in der Höhe von 182,5 Mio. US-Dollar, um den wirtschaftlichen Reformprozeß in der Ukraine abzustützen.
- Die Zusage von insgesamt 203 Mio. US-Dollar sowohl für den Fond zur Ummantelung des Reaktors in Tschernobyl sowie für die Fertigstellung von zwei Ersatzkernkraftwerken (Riwne und Chmelnizki). Voraussetzung dafür ist, daß die Ukraine ihre Zusage einhält und Tschernobyl tatsächlich bis zum Jahr 2000 stilllegt.
- Die Bereitstellung von 20 Mio. US-Dollar für die Modernisierung einer Containertransportverbindung zwischen Odessa und dem georgischen Hafen Poti.
- Die Finanzierung eines technischen Büros in Lemberg, das die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU koordinieren soll.

- Eine engere Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere beim Kampf gegen Drogenschmuggel und Geldwäsche.
- Auf dem Gipfel wurde außerdem ein Abkommen zur Zusammenarbeit zwischen Brüssel und Kiew in den Bereichen Nuklearsicherheit und Kernfusion paraphiert. Es sieht eine verstärkte Kooperation beim Strahlenschutz, bei der Abfallentsorgung sowie bei der Stilllegung von Nuklearanlagen vor.

Am 13. April 1999 besuchte die sogenannte EU-Trojka die Ukraine. Die EU war durch den deutschen Außenminister Fischer, den finnischen Außenminister Halonen und die Staatssekretärin im Außenministerium Ferrero-Waldner vertreten. Für die EU-Kommission nahm Hans van den Broek an dem Gespräch mit Außenminister Tarasjuk und Präsident Kutschma teil. Das Treffen mit Tarasjuk dauerte etwa 45 Minuten, das mit Kutschma eine Stunde. Tarasjuk betonte dabei den Wunsch der Ukraine nach Integration in die Euro-atlantischen Strukturen, das bedeute im Falle der EU den Wunsch nach einem Beitritt. Keine Bereitschaft gab es von Seiten der Ukraine, die OSZE-Mission zu verlängern, die im April ausgelaufen ist. Kutschma bedauerte außerdem, daß die EU noch keine Perspektive für die Ukraine entwickelt habe. Ein Umstand der dazu führen könne, daß die Ukraine in eine andere Richtung gedrängt werde. Kutschma kritisierte außerdem, daß die Ukraine durch das russische Prisma betrachtet werde. Die Ukraine sei das einzige Land Osteuropas, das keinen assoziierten Status habe. Es wäre wichtig, die Rolle der Ukraine in den gesamteuropäischen Strukturen zu betrachten. Wobei Kutschma ergänzte, daß Rußland die Politik der Ukraine gegenüber dem Westen ablehne; daher sei eine Unterstützung durch die Europäische Union notwendig. Der deutsche Außenminister Fischer sowie Kommissar van den Broek verwiesen auf den Beschluß des Wiener Gipfels, eine Ukraine-Strategie auszuarbeiten, wobei auch darauf verwiesen wurde, daß die gesamte Finanzhilfe der EU für die Ukraine weit höher sei als die der USA.

### **Die Europäische Union aus der Sicht der Ukraine**

Der amtierende Präsident Kutschma sowie sein Außenminister Tarasjuk haben wiederholt die Integration der Ukraine in die euro-atlantischen Gemeinschaften als Priorität ihrer Außenpolitik bezeichnet. Zur grundlegenden Orientierung des Landes führte Präsident Kutschma in seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris am 5. Juni 1996 aus: "Das strategische Ziel unseres Landes ist die Integration in die europäischen und euroatlantischen Strukturen. Die Ukraine hofft, in ihrer Absicht verstanden zu werden, eine graduelle, partnerschaftliche Kooperation mit EU, WEU und NATO zu etablieren, und aktiv zu sein bei der Gestaltung der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur. Unsere volle EU-Mitgliedschaft ist unsere Priorität und folgt nicht Mode oder politischem Romantizismus, sondern das ist unsere profunde pragmatische Entscheidung, weil es die EU ist, die das Image Europas im 21. Jahrhundert prägen wird." In Warschau trat Kutschma Ende Juni 1996 dafür ein, Verhandlungen über eine "assozierte Mitgliedschaft" der Ukraine in der EU und über die Schaffung einer Freihandelszone zu beginnen, obwohl das Land wirtschaftlich noch nicht für eine Vollmitgliedschaft bereit sei. Mit anderen Worten: Die Ukraine sieht sich selbst in einer politischen und wirtschaftlichen Übergangsphase, in der es der Führung des Landes gelingen muß, den Anschluß an euroatlantische Strukturen zu finden. Hinter dem angestrebten EU-Beitritt stand das zwangsläufig unerreicht gebliebene Ziel, über das PKA 1998 in Verhandlungen mit der EU über die Bildung einer Freihandelszone einzutreten. Die weitere Strategie der Ukraine läuft darauf hinaus, auf der Basis der angestrebten Freihandelszone mit der EU nach dem Jahr 2000 Europa-Verträge auszuhandeln, um so den Weg zum Beitritt zu ebnen. Das Erreichen dieser Ziele ist angesichts der Reformunfähigkeit und -unwilligkeit

ausgesprochen unwahrscheinlich; bisher hat es die Ukraine nicht einmal geschafft, an der sogenannten Europa-Konferenz als Beobachter teilzunehmen.

## **Die ukrainische Integrations-Strategie**

Am 11. Juni 1998 verfügte der ukrainische Präsident Kutschma einen Erlass mit dem Titel "Über die Genehmigung der Strategie der Integration der Ukraine in die Europäische Union". Die Strategie legt die grundsätzlichen Bereiche der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU fest und baut auf dem seit 1. März 1998 in Kraft befindlichen PKA auf. Die Notwendigkeit dieser Strategie wird auf die grundsätzlich neue geopolitische Situation zurückgeführt, die sich mit der EU-Erweiterung ergeben wird. Der Erlass beruht auf dem Bekenntnis einer "umfassenden Zugehörigkeit der Ukraine zum europäischen politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Raum". Auf der Grundlage dieses Erlasses soll die Voraussetzung für die umfassende Anpassung des ukrainischen an das Rechtssystem der EU geschaffen werden, um bis zum Jahre 2007 die Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft zu schaffen. Als Zwischenschritt wird ein sogenanntes Europaabkommen angestrebt, das im Erlass mißverständlich als "Erlangung eines Status eines assoziierten EU-Mitgliedes" bezeichnet wird, weil dieses Europaabkommen auch als Assoziierungsverträge bezeichnet werden.

Der Präsidentenerlass beauftragte die Regierung bis zum 31. Dezember 1998 entsprechende Ressortprogramme auszuarbeiten und deren Genehmigung sicherzustellen. Der Erlass gliedert sich in zwei Abschnitte:

### **a) Hauptbereiche des Integrationsprozesses**

Die Anpassung der ukrainischen Gesetzgebung an die EU-Gesetzgebung und Sicherung der Menschenrechte. Im Mittelpunkt steht die stufenweise Harmonisierung des ukrainischen Rechtssystems im Bereich des Privat-, Zoll-, Arbeits-, Finanzrechts und bei der Steuergesetzgebung. Weiters angepaßt werden sollen das Eigentumsrecht, der Arbeits-, Lebens- und Gesundheitsschutz, der Umwelt-, der Konsumentenschutz sowie zusätzlich jene Bereiche, die im PKA festgelegt sind. Die Anpassung soll etappenweise erfolgen, um bis zum Jahre 2007 die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt erreicht zu haben.

### **b) Wirtschaftliche Integration und Entwicklung des Handels zwischen der Ukraine und der EU**

Auf der Basis des PKA soll die Liberalisierung und die Synchronisierung der Märkte durch den Abbau von Beschränkungen und protektionistischen Maßnahmen vorangetrieben werden. Einschlägige EU-Verordnungen sollen mit der nationalen Gesetzgebung synchronisiert werden.

### **c) Integration der Ukraine in die EU im Zusammenhang mit der gesamteuropäischen Sicherheit**

Aus ukrainischer Sicht ist europäische Sicherheit unteilbar, die Beteiligung an gesamteuropäischen Modellen kooperativer Sicherheit ist daher eine Garantie für die eigene Sicherheit. Die WEU wird als zentrales Element der Anbindung der Ukraine an die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) hervorgehoben. (Zum Verhältnis zwischen der Ukraine und der WEU siehe unten) Die Stärkung der ukrainischen Sicherheit wird in dem Dokument in erster Linie von der Gewährleistung der eigenen wirtschaftlichen und politischen Stabilität abhängig gemacht. Erst in zweiter Linie wird die Politik der EU gewürdigt, die die Bedeutung der Ukraine für die EU hervorhebt.

### **d) Politische Konsolidierung und Festigung der Demokratie.**

Die politische Konsolidierung in bezug auf die EU wird von der Ukraine als ein Prozeß auf zwei Ebenen gesehen: Diese sind die außenpolitische und die innenpolitische Konsolidierung. Angesichts der Zugehörigkeit der Ukraine zum europäischen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Raum strebt Kiew bei der außenpolitischen Konsolidierung eine

Spezifizierung der EU-Politik gegenüber der Ukraine an. Ein derartiges Sonderverhältnis wäre aus ukrainischer Sicht eine stärkere Einbeziehung in regionale Initiativen der EU. Es kommt der Ukraine insbesondere darauf an, die EU zu einer Strategie zu bewegen, die sich von jener gegenüber Rußlands im positiven Sinne unterscheidet. Zur Umsetzung dieser Politik strebt die Ukraine eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu den EU-Staaten an. Die innenpolitische Konsolidierung als zweite Ebene zielt darauf ab, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Integration in die EU zu schaffen. Über die Forcierung der sogenannten Bürgergesellschaft sollen vor allem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt und weiter ausgebaut werden.

e) Anpassung der Sozialpolitik der Ukraine an die EU-Standards

Ziel ist es, das gesamteuropäische Niveau der Sozialvorsorge und des sozialen Schutzes der Bevölkerung schrittweise zu erreichen: Die Anpassung der Sozialpolitik soll über die Reform des Versicherungs-, Arbeitsschutz-, Gesundheits- und Pensionsversicherungswesens erfolgen. Im Zuge dieses Ansatzes kommt der Ratifizierung und der weiteren Implementierung der Europäischen Sozialcharta durch die Ukraine ein besonderer Stellenwert zu.

f) Integration auf den Gebieten, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Technik

Ziel ist eine Stärkung der europäischen kulturellen Identität in der Ukraine. Die Umsetzung dieses Ziel soll durch eine Integration in das gesamteuropäische intellektuelle und geistige, wissenschaftliche und technische Milieu erreicht werden. Auf diesen Grundsätzen aufbauend sollen gemeinsame Projekte betrieben und ein intensiver Austausch von Fachleuten und Know-how erfolgen.

g) Regionale Integration.

Die Kooperation zwischen einzelnen Regionen der Ukraine und der EU schlägt sich in der Gesamtstrategie dahingehend nieder, daß an das Motto der EU angeknüpft wird, das da lautet: "Von der Union der Länder zur Union der Regionen". Zwischen ukrainischen Regionen und Regionen in der EU und in den Beitrittskandidatenländern sollen unmittelbare Kontakte geschaffen und institutionalisiert werden. Auf diesem Weg soll die schrittweise Verlegung der Schwerpunkte des Integrationsprozesses vom Zentrum auf die Peripherie (Regionen) übertragen werden. Hierdurch soll u.a. die angestrebte Einbeziehung der Bürger in ukrainische Strategie gegenüber der EU schrittweise umgesetzt werden.

h) Ressortzusammenarbeit

Darunter wird die Koordinierung und das Zusammenwirken zwischen der Ukraine und der EU verstanden. Ukrainischerseits wurde die Verantwortung für die Koordinierung der Ressortzusammenarbeit dem ukrainischen Teil des Rates für Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und den Europäischen Gemeinschaften übertragen. Für die Umsetzung der Koordination ist in der Ukraine das Komitee für Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU zuständig. Darüber hinaus kommt der Nationalen Agentur der Ukraine für Entwicklung und europäische Integration eine interministerielle Koordinierungsrolle in Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit zu. Als vorrangige Bereiche der Ressortzusammenarbeit wurden definiert: Transeuropäische Transport-, Energiewirtschafts- und Informationsnetze, Zusammenarbeit im Bereich Justiz, Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Drogenhandels, Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens, in der Forschung, im Bereich der Industrie und der Landwirtschaft. Der Ausfluß der Strategie der Integration, wie z.B. die Ergebnisse der Ressortzusammenarbeit sollen in einem "Nationalen Integrationsprogramm" binnen zwei Jahren zusammengeführt werden.

i) Zusammenarbeit beim Umweltschutz

Damit berücksichtigt die Ukraine auch den hohen Stellenwert, den die EU der ukrainischen Umweltpolitik, nicht zuletzt wegen der Tschernobyl-Katastrophe, widmet. Als Ziel wurde die Schaffung eines positiven gesamteuropäischen ökologischen Raumes genannt.

j) Innere Sicherstellung des Integrationsprozesses

Die Leitung der "Strategie" obliegt dem Präsidenten. Die Umsetzung wird an die zentralen und lokalen Exekutivorgane in Zusammenarbeit mit der Legislative und unter Einbeziehung der örtlichen (regionalen) Selbstverwaltungskörperschaften delegiert. Die Umsetzung der Strategie hat gemäß Erlass die Regierung zu gewährleisten. Dem ukrainischen Außenministerium obliegt die Koordinierung der Tätigkeiten der Exekutive und das Außenamt ist federführend in den politischen Beziehungen zur EU. Die darüber hinaus involvierten Ministerien sind mit der Gewährleistung der Umsetzung der Ressortzusammenarbeit beauftragt.

Nachdem das Nationale Programm der Integrationsstrategie fertiggestellt ist (innerhalb der nächsten zwei Jahre), soll jährlich ein Arbeitsplan mit den jeweiligen Aktivitäten erarbeitet werden. Der Erlass sieht die Ausarbeitung eines Programms zur Finanzierung der "Strategie" vor und gibt auch die Rahmenbedingungen hierfür vor: Demnach sollen die finanziellen Mittel aus dem Budget gedeckt werden, jedoch unter Abstützung auf nicht näher genannte Sonderfinanzierungen. Ebenso genutzt werden sollen EU-Hilfsprogramme sowie Geld aus privaten Quellen.

Der Erlass des ukrainischen Präsidenten Kutschma vom 11. Juni 1998 "Über die Genehmigung der Strategie der Integration der Ukraine in die Europäische Union" stellt die außenpolitische Grundlage der nächsten Jahre für die Beziehung zur EU dar. Der Erlass soll die Grundlage für die Anpassung des ukrainischen Rechtssystems an das der EU einleiten. Insgesamt ist aber anzuzweifeln, daß das Parlament in Kiew für eine so weitgehende Umstellung des Rechtssystems im Hinblick auf EU-Kompatibilität zu gewinnen ist. Bis zum Jahre 2007 soll so die Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft geschaffen sein. Im selben Jahr läuft auch der Vertrag "Über wirtschaftliche Zusammenarbeit bis zum Jahre 2007" mit Rußland aus. Dieser Vertrag räumt russischen Unternehmen einen weitgehend ungehinderten Zugang zum ukrainischen Markt ein und dürfte nur schwer mit den Zielvorstellungen des Erlasses vom Juni 1998 kompatibel sein.

Unabhängig davon mutet die mit diesem Erlass angestrebte Anpassung nicht nur der gesamten Wirtschaftsgesetzgebung an die EU bis zum Jahre 2007 eher als utopisch an. Allein die bestehenden Probleme mit der Umsetzung des PKA geben wenig Anlaß zum Optimismus. Bemerkenswert, aber nicht überraschend ist der Wunsch der Ukraine, von der EU anders als Rußland behandelt zu werden. In sicherheitspolitischer Hinsicht läßt der Erlass die Interpretation zu, daß die Ukraine nach wie vor eine stärkere Rolle der OSZE in Europa anstrebt. Der aus dem Erlass abzuleitende außenpolitische "Drei-Sprung" der Ukraine gegenüber EU/WEU lautet daher

- a) Ausschöpfung des PKA mit der EU, Assoziierte Teilnahme an der Europa-Konferenz
- b) Europavertrag, EU-Beitrittskandidat und Assoziierter Partner der WEU
- c) Schaffung der Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft bis zum Jahre 2007

Am 16. September sprach der Vertreter der Ukraine bei der Europäischen Union Boris Hudyma (4) bei einem CEPS-Treffen über die Ukraine und die Europäische Union. Hudyma bezeichnete in diesem Zusammenhang den "Fall Ukraine" als "crucial tests for the ability of the Europe's political establishment to look beyond today's obvious uncertainties and difficulties and especially not to use them as excuse for not facing long term needs and priorities of the future enlarged Europe". Hudyma gab Schwierigkeiten bei der Umsetzung des PKA zu, fügte aber entschuldigend hinzu, man möge ihn doch ein internationales Abkommen zeigen, das zu hundert Prozent und ohne Differenzen bei der Interpretation umgesetzt worden sei. Eine breitere und längerfristige Position der EU gegenüber der Ukraine bezeichnete Hudyma wörtlich als "Beweis des realen politischen Willens", eine strategische Partnerschaft aufzubauen. In diesem Zusammenhang forderte Hudyma eine schrittweise Integration der Ukraine in die EU. Der Botschafter schlug eine neue Generation von Europaabkommen vor, die ihrer Struktur nach und bei der Umsetzung flexibel sein sollten. Außerdem sprach sich Hudyma dafür aus, daß die EU eine langfristige Strategie gegenüber

der Ukraine entwickeln und auch sich stärker mit einer Freihandelszone als Basis für die fundamentale Annäherung zwischen der Ukraine und der EU befassen sollte. Schließlich räumte der Botschafter allerdings auch ein, "we do understand very well that Ukraine's position in Europe to a large extent depends on the strength of its democracy and success of its economic transition".

Die große Bedeutung, die die Ukraine der Europäischen Union beimißt, hat im Mai 1999 auch der ukrainische Außenminister Tarasjuk unterstrichen. Bei einer Tagung der ukrainischen Botschafter in den EU-Staaten in Brüssel sagte Tarasjuk, die europäische Idee könne und solle das Konsolidierungsmuster der ukrainischen Gesellschaft werden. Ebenfalls in Brüssel erklärte Tarasjuk beim Treffen des Ukraine-NATO-Rates auf Botschafterebene, die Ukraine wolle ihre Zusammenarbeit mit der NATO ausbauen und sich in die europäischen und euroatlantischen Strukturen integrieren.

Mit Mißtrauen beobachtet die Ukraine die langsam aber stetig voranschreitende Osterweiterung der Europäischen Union. Die Regierung in Kiew fürchtet vor allem um ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Polen, Ungarn sowie anderen MOE-Staaten, sollten diese nach einem EU-Beitritt die Verpflichtungen aus dem Schengener Vertrag konsequent umsetzen müssen. In diesem Zusammenhang ist die Ukraine bestrebt, etwa den visafreien Verkehr mit Polen aufrechtzuerhalten. Interesse an einer möglichst offenen Grenze haben natürlich auch Polen, Ungarn und die Slowakei, insbesondere wegen ihrer Minderheiten, die in den ukrainischen Grenzregionen leben. Nicht eindeutig zu bewerten ist, in welchem Ausmaß der offizielle Handel zwischen der Ukraine und den MOE-Beitrittskandidaten durch eine EU-Mitgliedschaft tatsächlich beeinträchtigt würde, weil die Klärung dieser Frage eine Analyse der Handelsströme und einen Vergleich der ein- und ausgeführten Waren mit den Bestimmungen des PKA erfordert. Nicht auszuschließen ist jedenfalls, daß sich die Befürchtungen der Ukraine auch darauf beziehen, daß durch das Schengener Abkommen auch die Tätigkeit ukrainischer Schwarzarbeiter in den MOE-Staaten beträchtlich eingeschränkt werden könnte. Dies würde zweifellos vor allem die ukrainischen Grenzregionen belasten, für deren Bewohner und die teilweise diese Illegalen kontrollierenden mafiosen Strukturen die Schwarzarbeit im Nachbarland eine wichtige Einnahmequelle bildet. Generell bleibt anzumerken, daß das europäische Wohlstandsgefälle nach Osten zunimmt; mit anderen Worten: während Bewohner der Reformstaaten zum Beispiel in Deutschland und Österreich pfuschen, sind nicht wenige Ukrainer in den "westlichen" Nachbarstaaten als Schwarzarbeiter aktiv. Eine finanzielle Bewertung dieser Tätigkeit kann sicherlich nur auf Schätzungen beruhen (Anzahl der Illegalen, branchenspezifische Gliederung, geschätzter Verdienst), sollte aber zur Evaluierung der tatsächlichen Handelsbeziehungen vorgenommen werden. Unzweifelhaft ist, daß schärfere Grenzkontrollen auch alle Formen der Kriminalität und damit auch entsprechende Einnahmequellen beeinträchtigen werden. Trotzdem ist die Besorgnis der Ukraine in puncto EU-Osterweiterung auch aus "legalen Überlegungen" begründet. Während die NATO-Osterweiterung durch entsprechende Grundlagenverträge mit den neuen (z.B.: Polen) und weiteren potentiellen Mitgliedern (Rumänien) der Ukraine einen Stabilitätswachstum gebracht hat, befürchtet die Regierung in Kiew nun durch eine EU-Osterweiterung von ihren Handelspartnern in MOE abgeschnitten zu werden. In dieser Frage ist zweifellos auch die EU gefordert, eine Lösung zu finden.

## **Die Ukraine und die WEU**

Seit der Unterzeichnung der "Charta über eine besondere Partnerschaft" verfügt die Ukraine über eine institutionalisierte Anbindung an die NATO, die durch einen entsprechenden Konsultationsmechanismus sowie nicht zuletzt auch durch die aktive ukrainische Teilnahme am NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden" konkretisiert wird. Auch mit der WEU hat die Ukraine immer wieder versucht, eine institutionalisierte Beziehung aufzubauen sowie

auch eine praktische militärische Zusammenarbeit zu entwickeln, doch ist die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der WEU trotz entsprechender Gespräche im Rahmen des WEU-Ukraine-Dialoges weit hinter dem Niveau der Beziehungen Ukraine-NATO zurückgeblieben.

In seiner bereits zitierten Rede vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris am 5. Juni 1996 sagte Präsident Kutschma: "Wie Sie sehen ist die Integration der Ukraine in die EU keine Frage der Wahl, sondern der Zeit und die schätzen wir nicht so entfernt ein. Ist es daher angebracht, die Formalisierung der Beziehungen Ukraine-WEU strikt an das Niveau ihrer Zusammenarbeit mit der EU zu koppeln?" In Warschau wiederum bekräftigte Kutschma den Wunsch, die Ukraine möge ein assoziiertes Mitglied der WEU werden. Außerdem ist Kiew bestrebt, sich an der sogenannten "Petersberg-Mission" der WEU (friedenserhaltende und humanitäre Einsätze) zu beteiligen. Ausdrücklich betonte Kutschma die Verlässlichkeit seines Landes und hob die "negativen Konsequenzen" hervor, die die "Beschränkung der Entwicklung der WEU-Kontakte mit den Zentral- und Osteuropäischen Ländern auf der Basis der Formel 6 + 3 habe, die von einigen Mitgliedern als ein Versuch akzeptiert werde, bei der Gestaltung der östlichen Grenze des neuen Europas die Ukraine jenseits (dieser Grenze) zu lassen."

Ende 1996 übermittelte die Ukraine der WEU Vorschläge zur Nutzung ukrainischer Einheiten und Kapazitäten für friedenserhaltende, friedensschaffende und humanitäre Operationen (FAWEU). Bereits im Februar 1997 wurden durch die WEU-Planungszelle (PC) jene Truppen bewertet, die die Ukraine der WEU angeboten hatte. Nur ein ABC-Bataillon sowie die ukrainischen Luftransportkapazitäten wurden in der Stellungnahme der PC als nutzbar für die WEU klassifiziert. Der von der Ukraine angebotene Truppenübungsplatz Jawir in der Westukraine wurde von der PC mit dem Argument zurückgewiesen, daß dieser wegen seiner Binnenlage die Einbeziehung maritimer Teile nicht erlaubt. (Beim NATO-Jubiläumsgipfel in Washington wurde bekanntgegeben, daß Jawir künftig als erster offizieller Pfp-Truppenübungsplatz auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion genutzt werden wird.) Aufbauend auf einen Bericht der PC vom Februar 1997 liegt seit Februar 1998 ein politisch akkordierter Vorschlag an den WEU-Rat zur Gestaltung der praktischen Beziehungen zur Ukraine vor. Dieser beinhaltet u.a., daß die Ukraine nicht eingeladen werden wird, Truppen der WEU zu melden, fallweise jedoch an WEU-Operationen teilnehmen kann. Damit reagiert die WEU in ambivalenter Weise auf die ukrainischen Bestrebungen. Einerseits fehlt der Ukraine nach wie vor eine EU-Beitrittsperspektive (Europavertrag), sodaß sie keinen Assoziierten Partnerstatus für sich in Anspruch nehmen kann, aus dem sie ein klares Verhältnis zur WEU ableiten könnte. Gleichzeitig aber zeigt sich die WEU bemüht, der Ukraine entgegenzukommen, was in einer teilweisen Akzeptanz des einseitigen Truppenangebotes zum Ausdruck gebracht wurde.

Interessiert ist die Ukraine weiters an Kontakten zum WEU-Satelliten-Zentrum in Torrejon (Spanien). Ein Besuch von ukrainischen Spezialisten des Satellitenzentrums in Kiew in Torrejon hat stattgefunden. Doch auch dieser Versuch einer Zusammenarbeit lief trotz bilateraler französischer Bemühungen bisher ebenso wenig erfolgreich, wie der Plan, gemeinsam mit Rußland ein militärisches Transportflugzeug zu bauen.

Am 10. Februar 1998 berichtete der Direktor des WEU-Satellitenzentrums dem WEU-Rat über die bisherigen Erfahrungen mit der Inanspruchnahme russischer und ukrainischer Aufklärungsmittel. Seit 1. Jänner 1997 ist ein Abkommen zwischen dem Auswertungszentrum der WEU in Spanien und der russischen staatlichen Dachorganisation für den militärisch-industriellen Komplex, Roswooruschenije, in Kraft. Der Direktor führte aus, daß das WEU-Satellitenzentrum nun aufgrund der Zusammenarbeit mit Roswooruschenije Zugang zu Bildern mit einer Auflösung von 2 m (künftig auch 1 m) hat. Hingegen bestünde kaum die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Ukraine, da diese lediglich über einen nutzbaren Satelliten mit zu geringer Auflösung (30 m) verfügt. Der



Direktor führte jedoch aus, daß Rußland aufgrund bisheriger Erfahrungen nur Satellitenaufnahmen zur Verfügung stellt, die politisch unsensibel sind. Anfragen um Aufnahmen im Iran und Algerien wurden abschlägig beantwortet. Nicht zuletzt wegen dieser Erfahrungen wurden mit einem weiteren russischen Anbieter, Sovinform Sputnik, Kontakte aufgenommen. Aus den Ausführungen des Direktors kann abgeleitet werden, daß die von Frankreich initiierte Einbeziehung von Roswooruschenije als Alternative zu amerikanischen Anbietern sich bisher als von zweifelhaftem Wert erwiesen hat.

Die Nationale Raumfahrtagentur (NRA) der Ukraine hat der WEU jedoch weitere Vorschläge für eine künftige Zusammenarbeit übermittelt. Angeboten wurden u.a. die Nutzung ukrainischer Trägerraketen sowie die Nutzung diesbezüglicher ukrainischer Infrastruktur. Bisher hatte sich die WEU gegenüber ukrainischen Zusammenarbeitsangeboten insbesondere mit dem Satellitenzentrum in Torrejon zurückhaltend gezeigt. Für die NRA ist die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern aus technischen und wirtschaftlichen Gründen interessant. Ein entsprechendes Abkommen besteht bereits seit März 1998 zwischen der NSA und der amerikanischen NASA. Die USA haben jedoch eine ukrainische Mitgliedschaft im Missile Technology Control Regime (MTCR) als Voraussetzung für ein solches Abkommen durchgesetzt. Die Abfolge der Ereignisse macht einmal mehr deutlich, wie die USA wirtschaftliche Interessen mit sicherheitspolitischen Zielsetzungen verknüpfen, stellt doch die Non-Proliferationspolitik eine Priorität der US-Außenpolitik dar. Folgende Vorschläge zur Zusammenarbeit wurden von der NRA der Ukraine an die WEU gerichtet:

- Die NRA bietet ukrainische Trägerraketen zum Transport von Sensoren und Informationsübertragungseinrichtungen in den Weltraum an. Die Nutzung dieser Einrichtungen soll sowohl von der Ukraine als auch vom WEU-Satellitenauswertungszentrum in Spanien erfolgen. Nach Vorstellung der Ukraine soll die Kooperation vor dem Jahr 2002 beginnen.
- Eine längerfristige Zusammenarbeit in den Jahren 2000-2010 bei der Entwicklung eines Weltraumüberwachungssystems. Dies soll auf der Basis von ukrainischen Firmen stattfinden, die im Bereich der Weltraumtechnik tätig sind.
- Die Nutzung bestehender ukrainischer Bodenstationen zur Errichtung von Leitstellen für die WEU-Satelliten Spot, Helios und Osiris. Derartige Leitstellen könnten in Jewpatorija (Krim) und Dunaiwzi (Oblast Chmelnitzkij) unter Ausnützung vorhandener Infrastruktur errichtet werden.
- Die Nutzung bestehender ukrainischer Bodenstationen als Basis für die Errichtung von Empfangsstationen für Informationen von Spot, Helios und Osiris. Für diesen Zweck werden Einrichtungen in Dunawaizi und Winiki (Oblast Lwiw/Lemberg) angeboten.

In welchem Umfang und wie die WEU auf diese Vorschläge reagiert hat, konnte bisher nicht ermittelt werden. Die WEU zeigt sich jedenfalls bemüht, in Umsetzung des Mandates von Erfurt (November 1997) ihre Beziehungen zu Rußland und zur Ukraine zu konkretisieren. Es zeichnet sich ab, daß die Kontakte weiterhin informell bleiben und nur im Wege gemeinsamer Projekte konkretisiert oder institutionalisiert werden. In der bisherigen Praxis der Zusammenarbeit rangiert die Ukraine ohnedies in ihrer Wertigkeit hinter der Rußlands. Dem Wunsch der Ukraine nach einer vorzeitigen assoziierten WEU-Mitgliedschaft (vor Abschluß eines entsprechenden Vertrages mit der EU) wurde eine klare Absage erteilt. Nicht ausgeschlossen wurde allerdings die Teilnahme der Ukraine – vorerst nur als Beobachter – an WEU-Friedensmissionen, gemeinsamen Militärübungen und Raumfahrtprojekten, wobei in einem gemeinsamen Kommuniqué festgehalten wurde, daß "die Ukraine ein wichtiger Partner der WEU" sei.

Am 7. Oktober 1998 schlug der ukrainische Botschafter Konstantin Gritschenko der WEU einen Aktionsplan für das Jahr 1999 vor. Auch dieser Aktionsplan, dessen konkreter Inhalt

dem Autor nicht bekannt ist, enthielt einen Katalog über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Westeuropäischen Union, wobei Gritschenko neuerlich das Interesse seines Landes an einer Institutionalisierung der bilateralen Beziehungen äußerte. Am 27. Oktober 1998 entschied der permanente Rat der WEU, daß ein Katalog mit Gebieten einer möglichen Zusammenarbeit aufgestellt werden solle, wobei neuerlich klar gemacht wurde, daß dies nicht als Schritt hin zu einer Institutionalisierung der WEU-Ukraine-Beziehungen führen solle. Das WEU-Institut für Sicherheitsstudien (WEUISS) arbeitete im März 1999 an einem Papier über die Beziehungen zwischen der WEU und der Ukraine. Dieses Papier sollte verschiedene Beiträge eines Seminars zusammenfassen, das im Herbst 1998 in Kiew stattgefunden hat.

Am 1. Dezember 1998 hielt der deutsche Staatsminister im auswärtigen Amt, Günter Verheugen, eine Rede vor der parlamentarischen Versammlung der WEU, deren Präsidentschaft Deutschland im ersten Halbjahr 1999 innehatte. Verheugen sagte dabei wörtlich: "Wir wollen die Möglichkeiten der WEU als Forum für die Einbeziehung der Länder Mittel- und Osteuropas in die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Europa und zur Ergänzung des sicherheitspolitischen Dialogs mit Rußland und der Ukraine voll nutzen. Die WEU ist zu einem gewichtigen Element in der Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geworden. Die deutsche Präsidentschaft wird ihren Beitrag dazu leisten, der WEU den ihr zukommenden wichtigen Platz in der europäischen Sicherheitsarchitektur zu geben".

Bisher ist es der WEU jedenfalls nicht gelungen, jenes "gewichtige Element" bei der Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu werden. Auch gegenüber der Ukraine vermag die WEU in keiner Weise nur annähernd jene Rolle zu spielen, wie sie etwa die NATO einnimmt. Zwischen NATO, EU und Ukraine blieb bisher jedenfalls auch nicht besonders viel Spielraum für eine eigenständige Beziehung zur Ukraine, deren Institutionalisierung dazu geführt hätte, einen fünften Status zu schaffen (nach Mitgliedern, Beobachtern, Assoziierten Mitgliedern und Assoziierten Partnern), wodurch die Struktur der WEU noch komplizierter geworden wäre.

Dieser Umstand ändert jedoch nichts daran, daß die Ukraine im Rahmen der sicherheitspolitischen Überlegungen der EU eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Im März 1997 wurde von der EU-Ratsarbeitsgruppe Sicherheit (COSEC) ein Strategiepapier vorgelegt, das die Ukraine gemeinsam mit anderen Mitgliedern der GUS unter dem Begriff CEEWRITS behandelt. Die Abkürzung CEEWRITS bedeutet "Countries of Eastern Europe West of Russia Including Transcaucasian States". Dieser Begriff umschreibt die Staaten Weißrußland, Moldawien, Ukraine und die drei transkaukasischen Staaten Georgien, Armenien und Aserbajdschan. Im Mittelpunkt der COSEC-Überlegungen stehen längerfristige wirtschaftliche Interessen der EU im Zusammenhang mit der Förderung und mit dem Transport von Rohöl aus der Region des kaspischen Meeres. Hinzu kamen Fragen wie etwa die Erschließung des südosteuropäischen Raumes für den Weitertransport dieses Rohöls nach Westeuropa. Während in dem Strategiepapier die geopolitische Bedeutung der Ukraine stärker hervorgehoben wurde, waren konkrete Vorstellungen für eine Politik der EU gegenüber der Ukraine darin kaum erkennbar.

Am 8. September 1998 befaßte sich die EU-Ratsarbeitsgruppe Sicherheit mit einem Entwurf eines Papiers mit dem Titel "Ukraine and its Place in the European Security Architecture". Darin wurde eine Bilanz der ukrainischen Beziehungen mit Rußland, der EU, der WEU und der NATO gezogen. Unterstrichen wurde die Bedeutung der Ukraine als geopolitischer "Achsenagel" (linchpin) wegen ihres Beitrages für die "Konsolidierung des geopolitischen Pluralismus in der Region". Verwiesen wurde auch auf den russisch-ukrainischen Grundlagenvertrag im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO. Unter Hinweis auf Artikel 6 dieses Vertrages (5) heißt es in dem Dokument wörtlich "It should be noted that the text off the Treaty provides for bilateral consultations on the

evolution of relations with NATO. The Russian side considers this an obligation for prior agreement before the possible accession of either side to any alliance".

Angeregt wurde die Ausarbeitung einer gemeinsamen EU-Strategie gegenüber der Ukraine, die bis Ende 1999 vorliegen soll. Verwiesen wurde auch auf den Umstand, daß die Ukraine, abgesehen von den USA und Rußland, das einzige Land ist, mit dem die EU unter spezieller Berücksichtigung ihres Interesses an einer Vertiefung und Konsolidierung des ukrainischen Platzes in der europäischen Sicherheitsarchitektur einem politischen Dialog auf Expertenebene über Sicherheitsfragen führt.

## **Die Beziehungen zwischen der EU, der Ukraine und den USA**

Die EU ist der größte Geldgeber der Ukraine – seit der Unabhängigkeit im Jahre 1991 bis zum Jahr 1997 belief sich die Unterstützung insgesamt auf mehr als 4 Milliarden ECU, das sind umgerechnet mehr als 55 Milliarden Schilling (1 ECU = 1 Euro = 13,76 Schilling). Davon wurden 1,4 Milliarden ECU von der Europäischen Union und 2,5 Milliarden ECU von den Mitgliedstaaten bereitgestellt. Diese Unterstützung besteht aus 1,7 Milliarden ECU in Form von Zuschüssen und 2,2 Milliarden ECU in Form von Krediten und Ausfuhrkreditgarantien. Die Unterstützung der Europäischen Union erfolgt auf vielfältige Weise. Insbesondere in Form von:

- Zuschüssen von insgesamt 560 Millionen ECU für technische Hilfe im Rahmen des Tacis-Programms in Bereichen wie dem Privatsektor und der Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben, sowie in den Sektoren Energie, Umwelt und nukleare Sicherheit und zur Abmilderung der sozialen Folgen des Übergangs.
- Unterstützung für die Stilllegung von Tschernobyl in Höhe von 500 Millionen ECU, einschließlich der Genehmigung eines Zuschusses in Höhe von 200 Millionen ECU, um das Austreten radioaktiver Strahlung aus dem Unfallreaktor in Tschernobyl zu verhindern.
- 415 Millionen ECU in Form von bereits gebundenen oder zugeteilten Krediten zur Unterstützung der Makroökonomie und Zahlungsbilanz, um die Stabilität sicherzustellen und das Wirtschaftswachstum zu fördern.
- 5 Millionen ECU für humanitäre Hilfe, um beispielsweise Gesundheitsprojekte für Kinder nach dem Unglück von Tschernobyl zu unterstützen.

Hinzu kommen noch weitere finanzielle Unterstützungen durch den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Nach Angaben der EU haben IWF und Weltbank seit 1994 der Ukraine Darlehen in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden Dollar gewährt. Teilweise wurden Kredite und andere Formen der finanziellen Unterstützung jedoch wegen der mangelhaften Durchführung der ukrainischen Reformen nicht ausbezahlt. Die EBRD hat der Ukraine zwischen 1991 und 1997 insgesamt 507 Millionen ECU (1 ECU = 1 Euro = 13,76 Schilling) zur Verfügung gestellt. Für den Privatsektor wurden im Jahre 1998 grundsätzlich 700 Millionen US-Dollar an Finanzhilfe gewährt. In welchem Umfang dieses Geld bereits ausbezahlt wurde ist offen. Hinzu kommen noch weitere Finanzmittel die für Tschernobyl und für die nukleare Sicherheit und zur Reform des ukrainischen Energiesektors gewährt wurden. Auf diese Finanzhilfe ist bereits bei der Erörterung des Tacis-Programms eingegangen worden. Die gesamte Finanzhilfe im Rahmen von Tacis betrug zwischen 1991 und 1997 560 Millionen ECU. Die EU ist der größte Geldgeber der Ukraine; lediglich bei der Know-how- abhängigen Finanzhilfe sind die USA der größte individuelle Geldgeber, wobei das Tacis-Programm an zweiter Stelle liegt. Die Ukraine und die USA koordinieren ihre Hilfsmaßnahmen durch ihre Vertretungen in Kiew. Insgesamt haben die USA der Ukraine bis einschließlich 1997 2,18

Milliarden US-Dollar an Unterstützung gewährt. Bei ihrem Gipfeltreffen am 5. Dezember 1997 in Washington bekräftigten die USA und die EU ihre Unterstützung für die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine. Außerdem wurde Kiew aufgerufen, seine Reformanstrengungen auf allen Gebieten zu verstärken und die Integration in die Weltwirtschaft durch den Abbau von Handelsbarrieren zu beschleunigen. Beide Parteien bekannten sich zur Unterstützung der Ukraine bei der Reform ihres Energiesektors, ihrer Verwaltung, ihres Steuersystems sowie zur Unterstützung für ukrainische Klein- und Mittelbetriebe.

Zentrales Konsultationsorgan zwischen den USA und der Ukraine ist die sogenannte Gore-Kutschma-Kommission, benannt nach dem amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore und dem ukrainischen Präsidenten Kutschma. Wie ein Blick auf die Gesprächsthemen dieser Kommission ergibt, steht die Zusammenarbeit im weit gefaßten Bereich der Nicht-Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen für die USA im Vordergrund. Umgesetzt werden entsprechende Programme durch amerikanische Behörden wie etwa dem FBI gemeinsam mit ukrainischen Dienststellen, wie zum Beispiel dem ukrainischen Ministerium für Wirtschaft und Technik. Im Mai 1998 wurde ein Abkommen über friedliche nukleare Kooperation unterzeichnet. Auch jene ukrainischen Firmen, die wegen der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber dem Iran und dem Irak mit finanziellen Einbußen rechnen müssen, sollen durch ein breit angelegtes Programm "entschädigt werden". Vorgesehen ist unter anderem, daß derartige Firmen durch eine Zusammenarbeit mit amerikanischen Unternehmen verstärkt Zugang zu moderner Technologie erhalten sollen. Die USA sind besonders an einer effektiven Exportkontrolle interessiert, um die Proliferation zu verhindern. Diese Programme laufen unter dem Titel "Cooperative Threat Reduction Program" (CTRP). Kernbereich dieser Zusammenarbeit war unter anderem die Beseitigung der Infrastruktur für den Abschluß von Atomraketen. Demontiert wurden mit Geldern aus diesem Programm die entsprechenden Abschüßeinrichtungen, wobei neben drei amerikanischen auch mehr als 150 ukrainische Firmen einbezogen wurden. Zu den weiteren Schwerpunkten der Kooperation zwischen den USA und der Ukraine zählen der Energiesektor, Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas sowie die Unterstützung der Ukraine bei ihrem Wunsch nach Integration in die euroatlantischen Strukturen.

### **Die soziale und wirtschaftliche Lage der Ukraine**

Bezeichnender als alle Wirtschaftsdaten zusammen ist für den Niedergang des Landes die demographische Entwicklung. So ist die Zahl der Ukrainer im April dieses Jahres mit 49,98 Millionen erstmals unter die 50 Millionen-Grenze gesunken. Der Rückgang um 2,1 Millionen Menschen binnen sieben Jahren hat viele Gründe: Wirtschaftskrise, negative Geburtenrate, Abwanderung vom Wissenschaftler bis hin zu Prostituierten, marodes Gesundheitswesen, die Folgen von Tschernobyl und anderer Umweltbelastungen, Aids und andere epidemische Krankheiten. Die Lebenserwartung für Männer beträgt 62,3, für Frauen 73,2 Jahre und liegt damit etwa 9 Jahre unter der durchschnittlichen Lebenserwartung in westlichen Industrieländern. Angesichts dieser Fakten ist es nicht überraschend, daß bei einer Umfrage der Internationalen Migrationsorganisation in Genf 13 Prozent der tausend in der Ukraine befragten Personen angaben, daß sie ihr Leben außerhalb ihres Geburtslandes verbringen wollten. (6) Katastrophal ist nicht zuletzt auch die Lage der heranwachsenden Generation. Nach Angaben der UNICEF haben sich für viele der etwa 115 Millionen Kinder in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion die Entwicklungsmöglichkeiten seit 1989 drastisch verschlechtert. Die sinkende Lebenserwartung und eine hohe Sterblichkeit bei Männern zwischen 20 und 39 Jahren macht viele Kinder zu Waisen. Allein in der Ukraine leben 160.000 Kinder und Jugendliche in sogenannten Internaten, das sind Heime für Waisen, für von ihren Eltern verlassene Kinder (Sozialwaisen) und für behinderte Kinder. Nach Angaben

der UNICEF müssen 25 Prozent der Internate grundlegend renoviert werden. 100 der 830 Internate verfügen nicht einmal über eine Abwasserentsorgung und fließendes Wasser. (7) Katastrophal ist natürlich auch die allgemeine Wirtschaftslage, wobei hinzugefügt werden muß, daß etwa 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Rahmen der Schattenwirtschaft erwirtschaftet wird. Die ukrainische BIP-Leistung ist bis zum Jahre 1996 auf 40 Prozent des Niveaus des Jahres 1990 gefallen. Der wirtschaftliche Rückgang betrug 1998 1,7 Prozent, wird aber wegen der russischen Rubelkrise (August 1998) im Jahre 1999 auf drei Prozent ansteigen. Die Inflationsrate lag 1998 bei 10 Prozent. Sie dürfte im Jahre 1999 wieder mehr als 30 Prozent erreichen. Der "Intelligence Unit business environment index" des britischen Magazins Economist reiht die Ukraine was die Attraktivität für Auslandsinvestitionen betrifft, unter 60 Ländern auf den 59. Platz. Im März 1999 hatten knapp 18 Prozent der ukrainischen Unternehmen ihre Produktion eingestellt. Mehr als die Hälfte der produzierenden Betriebe arbeitete mit Verlusten. Rückläufig ist auch die Industrieproduktion. Mehr als 60 Prozent der Ukrainer glauben, daß sich ihr Lebensstandard seit 1991 dramatisch verschlechtert hat. (8) Im ersten Halbjahr 1998 betrug der durchschnittliche ukrainische Monatslohn etwa 50 Dollar. (9) Unter den Erwartungen geblieben sind auch die Privatisierungserlöse. Nach Angaben des Fonds für Staatseigentum konnten aus Privatisierungen im Jahre 1998 nur 120 Millionen Dollar eingenommen werden, vorgesehen waren Einnahmen in der Höhe von 285 Millionen Dollar. Im Jahre 1997 erreichten die Privatisierungserlöse gar nur einen Betrag von 38 Millionen US-Dollar(10). Während die Entstaatlichung kleinerer Unternehmen praktisch abgeschlossen ist, ist der Privatisierungsprozeß bei Großunternehmen in der Ukraine noch immer nicht sehr weit gediehen. Grund dafür sind unter anderem mangelnde Attraktivität der Unternehmen, der Machtkampf zwischen Präsident und Parlament sowie die unklare Rechts- und Steuersituation. Berücksichtigt werden muß auch der Umstand, daß die bloße Entstaatlichung noch keine Umstrukturierung und Rekapitalisierung der Unternehmen mit sich bringt.

Im Jahre 1997 betrug das Handelsvolumen der Ukraine 31,3 Milliarden Dollar, die Exporte beliefen sich auf etwa 14, die Importe auf 17 Milliarden Dollar. Das ergab ein Handelsdefizit von etwa drei Milliarden US-Dollar. Wichtigster Handelspartner der Ukraine war die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (43 Prozent Exporte, 58 Prozent Importe) Haupthandelspartner war Rußland (26 Prozent Exporte, 46 Prozent Importe) An zweiter Stelle lag die Europäische Union mit einem Exportanteil von 12,5 Prozent und Importen von knapp 20 Prozent. Das nominelle Bruttoinlandsprodukt betrug knapp 30 Milliarden Dollar. (11) Angesichts der fehlenden Wirtschaftsreformen und wegen der russischen Finanzkrise ist das Handelsvolumen der Ukraine 1998 auf insgesamt 27,3 Milliarden US-Dollar zurückgegangen (Exporte 12,6 Milliarden, Importe 14,7 Milliarden). Nicht zuletzt wegen des Rückgangs der Importe ist das Handelsbilanzdefizit auf zwei Milliarden Dollar gesunken. Wichtigster Handelspartner sind nach wie vor die GUS-Mitglieder, auf die etwa ein Drittel der ukrainischen Exporte entfällt. Davon wieder entfallen drei Viertel der Ukraine-Exporte auf Rußland, auf das wiederum knapp ein Viertel der gesamten ukrainischen Exporte entfällt. Knapp 55 Prozent der ukrainischen Importe stammen aus der GUS, 85 Prozent davon wieder aus Rußland, was vor allem auf die ukrainische Energieabhängigkeit zurückzuführen ist. Auf Europa (ohne GUS und ohne Baltikum) entfallen ein Viertel der Gesamtexporte der Ukraine und etwas mehr als 30 Prozent der Gesamtimporte der Ukraine. Das Handelsvolumen der Ukraine mit der EU umfaßt 5,4 Milliarden USD, das entspricht etwa einem Viertel des gesamten ukrainischen Handelsvolumens (ukrainische Importe aus der EU 3,2 Milliarden, ukrainische Exporte 2,2 Milliarden USD). Wie marginal die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine sind, zeigt der Umstand, daß die bilateralen Handelsbeziehungen nur 0,42 Prozent des EU-Handels ausmachen. (12)

Für das Jahr 1999 wird ein drastischer Einbruch des ukrainischen Handelsvolumens erwartet. Grund dafür ist nicht zuletzt der Krieg gegen Jugoslawien, der der Ukraine täglich Verluste

von 1,2 Millionen bringen soll. Betroffen ist vor allem der Frachtverkehr über die Donau vom Schwarzen Meer stromaufwärts Richtung Wien. Die Verluste der ukrainischen Donau-Handelsflotte werden von ukrainischer Seite mit 300.000 Dollar pro Tag angegeben. (13) Einbrechen werden aber auch die ukrainischen Exporte nach Rußland. Das Außenwirtschafts- und Handelsministerium in Kiew sagt für 1999 einen Rückgang der Exporte nach Rußland von mehr als zwei Milliarden US-Dollar voraus, das entspricht etwa einem Rückgang der Exporte um ein Viertel. Hauptgrund für den drohenden Exportrückgang sind die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der ukrainischen Produkte sowie die Preispolitik Rußlands. Die Wirtschaft der Ukraine (das BIP) schrumpfte im ersten Quartal 1999 um 4,8 Prozent, die Exporte gingen um 13,5 Prozent, die Importe um 10,5 Prozent zurück. (14)

### **Die Energiesituation der Ukraine (15)**

Die Bedeutung der Ukraine für den Weltenergiemarkt liegt in ihrer Transitfunktion für russisches Öl und Erdgas nach Ost- und Westeuropa sowie darin, daß die Ukraine selbst ein beachtlicher Energiekonsument und -produzent ist.

Die Ukraine verfügt über bewiesene Ölreserven in einem Umfang von 395 Millionen Faß; die meisten dieser Reserven liegen im Dnjepr-Donetz-Becken, der größten öl- und gasproduzierenden Region im Osten des Landes. Die älteste Produktionsstätte liegt dagegen im Westen, im Vorkarpaten-Becken. In den vergangenen 20 Jahren ist die Ölproduktion der Ukraine um mehr als 60 Prozent zurückgegangen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die sowjetische Politik der Diversifikation ihrer Energieressourcen durch eine verstärkte Konzentration auf die Ölreserven in Sibirien. Der zweite Grund für den Produktionsrückgang besteht in unzureichenden Investitionen in den ukrainischen Ölsektor seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1991. Die Ukraine importiert gegenwärtig etwa 80 Prozent ihres Ölbedarfs, der Großteil davon wird durch russische Lieferungen gedeckt. Im Jahre 1998 verbrauchte die Ukraine 332.000 Faß Rohöl pro Tag, produzierte aber selbst nur etwa 74.000 Faß täglich. In der Mitte der 70er Jahre lag die ukrainische Eigenproduktion noch bei 279.000 Faß pro Tag. Im ersten Quartal des Jahres 1999 ist nach Angaben der ukrainischen Gesellschaft Naftogaz die Produktion neuerlich um fünf Prozent zurückgegangen; zurückgeführt wird das auf die wirtschaftlichen Probleme des Landes und auf die rückläufige Ausbeutungskapazität.

Alle bisherigen Versuche Präsident Kutschmas, den ukrainischen Erdölsektor umzustrukturieren sind bisher am Widerstand des Parlaments in Kiew gescheitert. Die Ukraine hat ein nationales Programm mit dem Titel "Öl und Gas der Ukraine bis zum Jahr 2010" entwickelt. Darin ist vorgesehen, bis zum Jahr 2010 die Hälfte des Öl- und Gasbedarfs selbst zu decken, wobei ausländische Investitionen eine entscheidende Rolle spielen sollen. In den meisten Fällen sind Auslandsinvestitionen bisher auf Vereinbarungen über Gemeinschaftsunternehmen beschränkt geblieben. Ausländische Firmen klagten in diesem Zusammenhang wiederholt über die ukrainische Bürokratie, über ein hohes und unübersichtliches Steuersystem, über einen Widerstand örtlicher Partner gegenüber westlicher Technologie, über rechtliche Probleme und andere wirtschaftsfeindliche Maßnahmen.

### **Pipelines/Transit**

Eine Schlüsselrolle spielt beim ukrainischen Versuch, die Abhängigkeit von russischen Ölimporten zu reduzieren, der "Piwdenni (Südlich) Ölterminal" in der Nähe des Schwarzmeerhafens der Stadt Odessa. Die Modernisierung dieses Terminals schreitet trotz Finanzierungsproblemen voran. Der Terminal soll eine Kapazität von 800.000 Faß pro Tag haben und in der Lage sein, alle sechs ukrainischen Raffinerien zu versorgen und auch

gleichzeitig Öl auf andere Märkte weiterzuleiten. Der neue Terminal soll vor allem Öl weiterleiten, das aus Kasachstan, Aserbajdschan und dem Nahen Osten stammt. Die Ukraine hat mehrere Vorschläge mit dem Ziel unterbreitet, um in das Transportnetzwerk für Öl aus der Region des Kaspischen Meeres eingebunden zu werden. Im Juli 1998 rief die Regierung ein internationales Konsortium ins Leben, das aus der russischen Gesellschaft Lukoil, dem ukrainischen Öl-Transport-Institut und den Raffinerien in Odessa und Cherson besteht. Dieses Konsortium soll jene Infrastruktur schaffen, die zur Umsetzung der ukrainischen Vorschläge notwendig ist. Die Ukraine ist dafür eingetreten, den "Piwdenni (Südlich) Ölterminal" zum Transport von Öl aus dem Kaspischen Meer zu nutzen. Im Dezember 1998 war der Ölterminal zu 20 Prozent fertiggestellt, doch mußten die Arbeiten aus Mangel an Geld gestoppt werden. Ob es der Ukraine bereits gelungen ist, den Bau wieder aufzunehmen, konnte nicht ermittelt werden. Von Odessa aus soll das Öl durch eine Pipeline in die westukrainische Stadt Brodi transportiert werden; die entsprechende Pipeline Odessa-Brodi mit einer Durchflußkapazität von etwa 600.000 bis 800.000 Faß Rohöl pro Tag wird bereits gebaut. Von Brodi aus kann das Öl über die südliche Druschba (Freundschaft)-Leitung in den Westen oder möglicherweise auch weiter nach Polen transportiert werden. Möglich wäre auch, diese Leitung bis zur nördlichen Druschba-Leitung bei Adamowa Zastawa in Polen oder gar noch weiter Richtung Baltikum zu führen. Im Februar 1999 vereinbarten Polen und die Ukraine eine Pipeline fertigzustellen, die Brodi mit dem Hafen von Danzig verbinden soll. Etwa die Hälfte der Leitung Odessa-Brodi ist bereits gebaut, die Fertigstellung der Leitung soll in den kommenden zwei Jahren erfolgen. Die Ukraine argumentiert, daß diese Route die billigste Möglichkeit darstellt, um kaspisches Erdöl nach Nordeuropa und Norddeutschland zu bringen. Hinzu kommt, daß die ukrainische Route die Qualität des Rohöls mit niedrigem Schwefelgehalt nicht durch Vermischung mit Rohöl mit hohem Schwefelgehalt mindern würde, wie das bei der Route Baku-Noworosiisk der Fall wäre. Gleichzeitig besteht aus ukrainischer Sicht aber auch die Gefahr, daß Ölexporte über ukrainische Häfen aus der früheren Sowjetunion zurückgehen, weil russisches Öl auch über andere Häfen exportiert werden soll. Hinzu kommt, daß Rußland ein Pipelineprojekt verfolgt, das ausgehend von Rostow russische Erdölexporte in den Westen unter Umgehung der Ukraine und deren Tarife ermöglichen soll. Die Einnahmen aus derartigen Transittarifen sind derzeit eine der größten Einnahmequellen der Ukraine.

### **Raffinerien**

Die Ukraine verfügt über sechs Raffinerien mit einer Gesamtkapazität von knapp unter 1,1 Millionen Faß pro Tag. Bisher sind mehrere Versuche gescheitert, Anteile an diesen Raffinerien zu verkaufen. Grund dafür sind die Wirtschaftskrise sowie das unübersichtliche Steuer- und Rechtssystem. Im April 1999 ist jedoch ein Anteil von 51,9 Prozent an der Odessa-Raffinerie von Luk-Sintez erworben worden; diese Gruppe ist ein 60 zu 40 Gemeinschaftsunternehmen zwischen den russischen Ölgesellschaften Lukoil und Sintez.

### **Erdgas**

Die Ukraine verfügt über Erdgasreserven im Umfang von 39,6 Billionen Kubikfuß, aber nur etwa 20 Prozent des Erdgasbedarfs der Ukraine wird durch die heimische Produktion gedeckt. Die Ukraine ist in enormen Ausmaß vor allem auf russische Erdgasimporte angewiesen und ist gleichzeitig die Haupttransitrouten für russisches Erdgas in den Westen. Bis zum Jahr 2010 will die Ukraine ihren Eigenbedarf an Erdgas zu 50 Prozent durch die Entwicklung neuer Produktionsstätten decken, wobei neuerlich auf ausländische Investitionen gesetzt wird. Nach Angaben von Naftogaz wird jedoch erwartet, daß in der Ukraine die Erdgasproduktion bis zum Jahr 2000 um 16 Prozent zurückgehen soll; Grund dafür sind Probleme mit der

Infrastruktur. Auf dem Erdgassektor sind jedoch bereits einige westliche Firmen aktiv, darunter auch BP im Rahmen eines Gemeinschaftsunternehmens. Im August 1998 nahm die Regierung einen Plan zur Umstrukturierung von Ukgazprom an; dieses Unternehmen ist die führende Energiegesellschaft in der Ukraine und eine der größten Gasgesellschaften der Welt. Das Unternehmen soll in mehrere Gesellschaften gegliedert werden die sich mit der Erdgasproduktion, dem Transport und dem Verkauf von Erdgas befassen. Diese Gesellschaften sollen wiederum unter dem Dach von Naftogaz zusammengefaßt werden. Dieser Plan ist Teil eines von der Weltbank unterstützten Versuchs, den ukrainischen Gassektor zu reformieren. Eines der Haupthindernisse für die Weiterentwicklung der ukrainischen Erdgasindustrie ist die Nichtbezahlung von Gasrechnungen. Konsumenten schulden Naftogaz etwa drei Milliarden Dollar für geleistete Gaslieferungen. Die Bezahlungsrate variiert von 48 Prozent im Falle von Städten, über 61 Prozent für Industrieunternehmen und 67 Prozent für private Verbraucher. Im Juli 1998 begann die Regierung damit säumigen Schuldnern im wahrsten Sinn des Wortes den Gashahn abzdrehen. 13.700 Verbraucher, darunter 3.650 Industrieunternehmen, wurden 1998 vom Netz genommen. Bis zum April wurde weiteren 378 Firmen der Gashahn abgedreht.

### **Pipelines/Transit**

Die Ukraine ist die Haupttransitroute für russisches Erdgas; Transitgebühren sind eine Haupteinnahmequelle der Ukraine. Wiederholt wurde die Ukraine von Rußland beschuldigt, illegal Gas aus der Leitung abzuzapfen. Außerdem schulden die Regierung und private Unternehmen der russischen Gesellschaft Gazprom zwischen 1 und 1,5 Milliarden Dollar für geleistete Lieferungen. Um einen Teil dieser Schulden zu bezahlen hat sich die Ukraine bereit erklärt, eine mehr als 500 Kilometer lange Pipeline im Süden der Ukraine zu bauen, um Rußland beim Ausbau seiner Erdgasexporte nach Europa zu unterstützen; Kosten des Projekts: 250 Millionen Dollar.

Die Ukraine klagt auch über die hohen Gaspreise, die sie Rußland bezahlen müsse. Der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für den Brennstoff- und Energiekomplex, Iwan Diak, sagte Mitte Mai, der Preis, den die Ukraine für russisches Gas bezahle, sei der höchste in Europa (16). Nach seinen Angaben belaufen sich die Kosten für russische Gasimporte jährlich auf 4,8 Milliarden Dollar. Würde die Ukraine europäische Preise bezahlen, wäre russisches Gas um zwei Milliarden Dollar billiger; der Transit würde Rußland dagegen doppelt soviel wie bisher kosten. Bei einer realistischen Preisgestaltung wäre die Ukraine in der Lage, sich selbst mit Gas zu versorgen, weil sie für den Transit etwa 60 Milliarden Kubikmeter von Rußland bekommen müßte. Derzeit erhält die Ukraine etwa 30 Milliarden Kubikmeter russisches Gas als Bezahlung für den Transit.

Die Ukraine hat sich bemüht, ihre Abhängigkeit von russischen Erdgasimporten durch ein Importabkommen mit Turkmenistan zu reduzieren. Dieses Abkommen war jedoch wegen nicht bezahlter ukrainischer Schulden seit 1996 ausgesetzt. 1999 hat die Ukraine mit Turkmenistan ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Erdgaslieferungen unterzeichnet. Doch auch dieses Abkommen wurde knapp nach seinem Inkrafttreten suspendiert, weil die Ukraine im Mai 1999 wieder nicht in der Lage war, für geliefertes Erdgas zu bezahlen. Die ukrainischen Schulden gegenüber Turkmenistan betragen 240 Millionen US-Dollar.

Besorgnis weckt auch der Zustand des Erdgasleitungssystems in der Ukraine. Fast das gesamte System besteht aus Leitungen, die seit 20 bis 30 Jahren in Betrieb sind. Ein großer Teil der Leitungen verfügt über keinen Anti-Korrosionsanstrich. Ukgazprom schätzte, daß 1998 etwa 500 Kilometer des Leitungssystems hätten repariert werden müssen; das Geld reichte jedoch nur zur Reparatur von 26 Kilometern. Royal Dutch/Shell unterzeichnete im Februar 1998 ein Protokoll mit Ukgazprom und dem staatlichen Öl- und Gaskomitee zur



Bewertung der ukrainischen Erdgaspipelines. Die Modernisierungskosten werden demnach auf etwa 1,5 Milliarden US-Dollar geschätzt.

## **Kohle**

Die Kohleproduktion umfaßt in der Ukraine fast die Hälfte der gesamten heimischen Energieproduktion. Die meiste Kohle stammt aus der Donetz/Donbas Region in der Ostukraine. Im Jahre 1998 war die Produktion bereits auf die Hälfte der Produktion des Jahres 1990 zurückgegangen. Der Rückgang wird hauptsächlich auf den Zusammenbruch der ukrainischen Schwerindustrie im Gefolge der Wirtschaftskrise zurückgeführt. Hinzu kommen allerdings der Mangel an Ersatzteilen, die Unsicherheit, die Ineffizienz, die geringe Produktivität der Minen sowie Korruption, unbezahlte Löhne, hohe Schulden und Streiks. Nur drei oder vier der etwa 250 Kohleschächte arbeiten gewinnbringend. Praktisch alle Minen müssen modernisiert werden. Nach Angaben der Akademie der Wissenschaften sind 80 Prozent der Kohlegruben in Donbas seit mindestens 20 Jahren ohne Modernisierung oder Erneuerung in Betrieb; seit 25 Jahren wurde in Donbas keine neue Mine in Betrieb genommen. Nach Angaben der EU könnte eine ernsthafte Restrukturierung der Kohleindustrie dazu führen, daß etwa 200 der 250 Minen geschlossen werden. Nach Schätzungen der Weltbank kostet die durchschnittliche Produktion einer Tonne Kohle in der Ukraine 50 US-Dollar, der Weltmarktpreis liegt bei 35 US-Dollar pro Tonne. Eine britische Untersuchung der Stachanow-Mine ergab, daß 3200 der 7500 Mitarbeiter abgebaut werden könnten, ohne einen Rückgang in der Produktion hinnehmen zu müssen. Nach Angaben der Studie ist die Produktivität polnischer Kohlegruben doppelt so hoch als die ukrainischer, wobei nur die Hälfte der Arbeitskräfte in Polen unter wesentlich besseren Sicherheitsbedingungen eingesetzt werden. Im Jänner 1997 gewährte die Weltbank der Ukraine einen Kredit von 300 Millionen Dollar um 20 Minen zu schließen und um die sozialen Folgen zu mildern. Das Programm wurde jedoch niemals umgesetzt, sodaß die Weltbank eine Neuverhandlung der Kreditbedingungen verlangte. Die ukrainische Regierung hat den Kohlesektor 1997 mit knapp einer Milliarde Dollar subventioniert; auch im Jahre 1998 dürften die Subventionen etwa so hoch gewesen sein. Der schleichende Zusammenbruch der ukrainischen Kohleindustrie zeigt sich auch an der kontinuierlich steigenden Rate an Todesfällen. 1997 kamen 283 Bergleute bei Grubenunglücken ums Leben, 1998 waren es bereits 360. Die ukrainischen Bergwerke zählen zu den unsichersten der Welt. Statistiken sprechen davon, daß in der Ukraine die Gewinnung von 100 000 Tonnen Kohle durchschnittlich ein Menschenleben fordert. (17) Die Folge dieser Entwicklung sind immer wieder Streiks, um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen und ausstehende Löhne einzufordern. Im März 1999 betragen die Lohnrückstände etwa 625 Millionen Dollar.

## **Elektrizität**

Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa ist die Ukraine einer der größten Produzenten und Konsumenten von Energie. Etwa die Hälfte der Elektrizität wird durch fossile Kraftwerke erzeugt, 45 Prozent durch Atomkraftwerke, der Rest kommt aus der Wasserkraft. Die Ukraine hat 19 Kraftwerke mit einer Kapazität von mehr als tausend Megawatt (13 fossile, 5 atomare Kraftwerke und ein Wasserkraftwerk) Trotz dieser großen Kapazität ist die Ukraine kein Nettoexporteur von Elektrizität. Trotz ihrer Exporte in verschiedene Regionen Rußlands nach Moldawien und in Länder außerhalb der früheren Sowjetunion importiert die Ukraine etwa gleich viel Strom aus Rußland. Die ukrainischen Lieferungen nach Moldawien deck(t)en fast ein Drittel des moldawischen Bedarfs. Im April 1999 setzte die Ukraine die Stromlieferungen an Moldawien wegen Zahlungsrückständen aus. Rußland wiederum hat seine Stromlieferungen an die Ukraine ebenfalls wegen

Zahlungsrückständen in der Höhe von 123,5 Millionen Dollar ausgesetzt; nach einer Vereinbarung im März 1999 wurde die Netzverbindung jedoch wieder hergestellt. Auch die ukrainischen Kraftwerke müssen dringend modernisiert werden. Es gibt Schätzungen, wonach durch eine Erhöhung des Wirkungsgrads von derzeit 50 bis 60 Prozent dieselbe Menge Strom erzeugt werden könnte, wie sie ein Eintausend-Megawatt-Kraftwerk liefert. In schlechtem Zustand ist auch das Stromleitungsnetz der Ukraine. Auch dieser Sektor wird durch die Nichtbezahlung von Stromrechnungen massiv belastet. Die Schulden belaufen sich bereits auf mehr als eine Milliarde US-Dollar. Nach Schätzungen der Regierung zahlten Industrielle und private Verbraucher im Jänner 1999 weniger als 60 Prozent der von ihnen konsumierten Elektrizität. Die Folge sind kein Geld für die Modernisierung sowie für den Kauf von Brennstoff. Das betrifft auch die ukrainischen Atomkraftwerke, die zunehmend unter dem Mangel an Brennstäben leiden. Im März 1999 hat das Parlament der Ukraine eine Vereinbarung mit den USA ratifiziert, die eine nukleare Zusammenarbeit vorsieht. Die Ukraine hofft auf steigende amerikanische Investitionen in die Atomindustrie, um ihre Abhängigkeit von atomaren Brennstoffen gegenüber Rußland reduzieren zu können. Die USA haben mit einem Pilotprojekt begonnen, um Brennstoffe für ukrainische WWER-1000 Atomreaktoren zu produzieren. Die Ukraine verfügt über große Uraniumvorkommen, die sie benutzen will, um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erhöhen.

### **Bewertung der Hilfe für die Ukraine**

Am 19. Juni 1996 unterzeichneten EU-Kommissar Yves Thibault de Silguy und der damalige spezielle Vertreter der ukrainischen Regierung bei der EU, Igor Mitjukow, in Brüssel eine Kreditvereinbarung über die Gewährung eines zweiten Kredits im Rahmen einer Finanzhilfe von bis zu 200 Millionen ECU. Das Geld sollte die Ukraine auf ihrem Weg zur Marktwirtschaft unterstützen. In einer Aussendung der EU-Kommission hieß es dazu wörtlich: "The success of the Ukrainian Authorities' present economic reform programme depends crucially on obtaining sufficient external financial support". Inzwischen hat die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit von allen möglichen Geldgebern zweifellos mehr als umgerechnet 100 Milliarden Schilling an Finanzhilfe erhalten (EU, USA, IWF, Japan etc.); eine wirtschaftliche Erholung oder gar ein Aufschwung sind nicht in Sicht, im Gegenteil die wirtschaftliche und die soziale Lage der Bevölkerung verschlechtert sich nach wie vor. Damit stellt sich zweifellos die Frage, warum trotz des nicht unbeträchtlichen westlichen Engagements keine positive Entwicklung eingetreten ist. Dieses Problem stellt sich natürlich auch im Zusammenhang mit der internationalen Hilfe gegenüber Rußland, die weit umfangreicher ausgefallen ist, wobei allerdings zu betonen ist, daß Rußland auch wesentlich größer ist als die Ukraine.

Eindeutig negativ bewertet wird von der Europäischen Union die bisherige Umsetzung des PKA. In einem Aide Memoire (18) vom 26. Mai 1999 werden auf 19 Seiten die Verfehlungen und Verstöße aufgelistet, die die Ukraine bei der Umsetzung oder besser gesagt Nichtumsetzung des PKA und der Regeln der WTO begangen hat. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang Verstöße gegen Bestimmungen über Zertifikate und über illegale Einfuhrbeschränkungen für Produkte aus der EU (Pflanzliche Öle, Baumaterialien, alkoholische Getränke und so weiter). Hinzu kommen Erschwernisse bei Lebensmitteln im Zusammenhang mit Etikettierungsvorschriften, Einschränkungen für europäische Frächter, Verletzungen von Ausschreibungsrichtlinien bei Beschaffungsvorhaben der Regierung, die Kritik der EU an entsprechenden Zöllen und Abgaben sowie Importbeschränkungen auf allen Ebenen. Herausgegriffen werden sollen aus diesem Papier zwei signifikante Fälle:

1. Urheberrechtsverletzungen: Nach Angaben der EU ist der Mangel an entsprechendem Schutz für Urheberrechte ein wesentliches Hindernis für die EU, in der Ukraine zu

investieren. Kritisiert wird vor allem der Mangel an entsprechenden gesetzlichen Regelungen im Zusammenhang mit Raubkopien bei Videos, CDs und Computersoftware. Nach Angaben der EU sind 90 bis 95 Prozent der Produktion auf diesen Gebieten gegenwärtig illegal, wobei von fünf Millionen nichtlizenzierten CDs, 3,5 Millionen Raubkopien bei Videos und fünf Millionen illegalen Audiokassetten "pro Monat" die Rede ist. Während der EU-Ukraine-Konsultationen am 19. Mai 1999 hat die Kommission die Ukraine auf die wachsende wirtschaftliche Bedeutung dieser Piraterie für die EU hingewiesen. Auch entsprechende Forderungen wurden erhoben. Über eine Umsetzung ist bisher nichts bekannt.

2. Der Fall Daewoo: Im Oktober 1997 verabschiedete das Parlament ein Gesetz über die "Stimulierung der Autoproduktion in der Ukraine". Darin sind auch Bestimmungen enthalten, die den Gebrauchtwagenmarkt in der Ukraine betreffen und das PKA verletzen. Verboten wurde per Dekret mit 1. April 1998 die Einfuhr von Gebrauchtwagen, die älter als fünf Jahre sind; außerdem wurde für die Einfuhr von Gebrauchtwagen ein Mindestzollwert von 5000 US-Dollar festgelegt. Diese Bestimmungen erschwerten die Einfuhr von Gebrauchtwagen aus der EU in die Ukraine außerordentlich. Grund für diese Regelung ist das Joint Venture zwischen dem einzigen ukrainischen Autohersteller AvtoZAZ und dem südkoreanischen Autokonzern Daewoo. Zustande kam dieses Gemeinschaftsunternehmen unter anderem deswegen, weil die ukrainische Regierung Daewoo mehrere Handels-, Steuer- und Finanzprivilegien gewährte, die andere Autoimporteure diskriminieren und es diesen Unternehmen de facto unmöglich macht, Autos in der Ukraine zu verkaufen. Unter anderem wurde Daewoo von allen Importzöllen für Produkte befreit, die für das ukrainische Unternehmen verwendet werden. Außerdem wurde die Gewinnsteuer für das Unternehmen reduziert. Verkäufe des Konzerns wurden von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die EU betrachtete diesen Umstand als eindeutige Verletzung der WTO-Meistbegünstigungsklausel und anderer Vereinbarungen zwischen Brüssel und Kiew. Nach mehreren fruchtlosen bilateralen Gesprächen setzte die EU das Streitschlichtungsverfahren in Gang, das im PKA festgelegt worden ist.

Während der Ausgang des Verfahrens noch offen ist, sah sich Daewoo gezwungen, Ende Dezember die Autoproduktion in der Ukraine bis Februar einzustellen. Grund dafür war, daß bereits produzierte Autos nicht abgesetzt werden konnten. Nach Angaben der Fabrik konnte nur etwa die Hälfte der zum damaligen Zeitpunkt produzierten etwa 24.000 Autos abgesetzt werden. Ursprünglich wollte Daewoo in dem Werk im Oblast Saporischie in der Ostukraine jährlich 245.000 Modelle der Typen Nubira, Leganza und Lanos produzieren, wobei diese Autos vor allem für den europäischen und den asiatischen Markt bestimmt waren. Daewoo hat in das Werk bereits vor der Aufnahme der Produktion Ende Mai 1998 etwa 150 Millionen US-Dollar investiert.

Die Europäische Union selbst hat im Dezember 1998 einen Vorschlag für eine Überprüfung ihrer Tacis-Programme für Rußland, die Ukraine und die anderen Mitglieder der GUS angenommen. Ziel ist es, durch neue Prioritäten sowie unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen und der Kritik, die Tacis-Hilfe effektiver zu gestalten. Vorgeschlagen wird, die Projekte auf wenige, größere und bessere Vorhaben in Schlüsselsektoren zu konzentrieren. Zu den Schwerpunkten sollen dabei die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas und die Unterstützung einer regionalen Kooperation zählen. Betont wird auch, daß auf Projektebene die Bezahlung in Tranchen erfolgen wird, wobei eine Bezahlung nur nach erfolgreicher Beendigung der vorangegangenen Projektphase erfolgen soll. Die Betonung all dieser Punkte zeigt, daß diese Kriterien offenbar bisher nicht immer oder nicht in entsprechendem Umfang eingehalten worden sind.

Vor einer abschließenden Bewertung der EU-Hilfe an die Ukraine soll auch ein kritischer Blick auf jene Hilfsprogramme geworfen werden, die internationale Finanzinstitutionen, vor allem aber die USA organisiert haben.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hält den ökonomischen Niedergang Rußlands für die größte Bedrohung der Weltwirtschaft. Die Weltbank sieht die russische Wirtschaft im Chaos versinken. Die beiden Finanzinstitutionen überboten sich jüngst in düsteren Beschreibungen der Ergebnisse zehnjähriger Bemühungen um marktwirtschaftliche Reformen in Rußland und anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks. Daß sie damit auch der westlichen Entwicklungspolitik der vergangenen Jahre ein Armutszeugnis ausstellen, wird in solchen Erklärungen nicht gerade herausgearbeitet.

Diese Aufklärung versucht eine zur Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington erschienene Untersuchung des renommierten Cato-Instituts in Washington zu liefern. (19) Der Bericht mit dem Titel "U.S. Assistance for Market Reforms foreign Aid Failures in Russia and the Former Soviet Bloc" kommt zu einem vernichtenden Urteil über die Wirkung amerikanischer Hilfsprogramme für marktwirtschaftliche Reformen in Polen, Rußland und der Ukraine.

Der Hauptweg dieser Programme habe in der Entsendung nicht sonderlich qualifizierter Berater bestanden, stellt die Autorin Janine Wedel fest. "Ein Problem war, daß die meisten dieser Berater nur für eine kurze Zeit kamen, nur schwache Bindungen zu den Empfängern knüpften und wenig über die Länder wußten, denen sie helfen sollten." In Polen seien sie schnell als die "Marriott-Brigade" bezeichnet worden, weil sie sich meist in westlichen Luxushotels aufhielten.

"Es erinnerte an einen Chirurgen, der seine Arbeit macht, ohne mit dem Patienten zu sprechen und wieder verschwindet, ohne geprüft zu haben, ob die Operation erfolgreich war", zitiert Wedel einen Mitarbeiter des polnischen Industrieministeriums.

Sie kritisiert, daß die Berater es oft vermieden, mit den nach der Wende geschaffenen Behörden für Privatisierung zusammenzuarbeiten. Die mit staatlichen US-Mitteln ausgestatteten Mitarbeiter privater Beraterfirmen hätten die direkte Zusammenarbeit mit Unternehmen bevorzugt. "Privatisierung wurde als ad-hoc-Project verstanden, und es wurde mit dem Ziel angepackt, den Privatisierungsprozeß, den es eigentlich unterstützen sollte, möglichst zu umgehen." Es habe wenig Austausch mit den Verantwortlichen der betroffenen Länder gegeben, und es sei unter dem Strich wenig erreicht worden.

Vielen seien die westlichen Experten als Neuausgabe der kommunistischen Planer erschienen, nun lediglich mit kapitalistischer Ausrichtung. Sie hätten sich mit Gruppen wie jenen um den Vertrauten von Präsident Boris Jelzin, Anatoli Tschubais, verbündet, ohne zu prüfen, ob diese Leute mehr einer wirklichen Reformpolitik oder mehr dem eigenen Vorteil verpflichtet waren. Dabei hätten oft nur äußerliche Aspekte wie ein betont "westliches" Auftreten und entsprechende Englischkenntnisse eine Rolle gespielt.

"Diese Form der Hilfe hat einige gemütliche Jobs für westliche Berater geschaffen, aber im Sinne von Entwicklung wenig dazu beigetragen, was wirklicher Austausch von Erfahrungen hätte bewirken können", schließt die Autorin, die Professorin am Institut für europäische, russische und eurasische Studien an der George Washington Universität ist. Kritik übt Wedel in ihrem Bericht dezidiert auch an Geoffrey Sachs, dem Leiter des Havard-Instituts für Internationale Entwicklung (HIID). Dieses Institut hat insbesondere mit dem St.Petersburger Clan unter Führung von Anatoli Tschubais eng zusammengearbeitet, der nach Wedels Angaben im Jänner 1996 auf die "payroll" des Havard-Instituts gesetzt wurde. Wedel zitiert Quellen, die Beratern dieses Instituts vorwerfen, im Zusammenhang mit der amerikanischen Hilfe auch geschäftliche Aktivitäten zur eigenen Bereicherung durchgeführt zu haben. Im Jahre 1997 stellte USAID die Zusammenarbeit mit HIID de facto ein. Ihre grundsätzliche Kritik an dem renommierten Institut hält die Autorin der Studie auch im Zusammenhang mit den Aktivitäten von HIID in der Ukraine aufrecht. Negativ bewertet wird von Wedel auch der

"Mythos der Privatisierung". Bei der Entstaatlichung der Unternehmen sei unter anderem nicht darauf geachtet worden, daß beim Übergang der Unternehmen in private Hände auch eine entsprechende Restrukturierung und Refinanzierung der Betriebe erfolgt sei. Grundsätzlich bewertet Wedel die westliche Hilfe für Rußland und die Ukraine sehr skeptisch. Sie habe im Gegenteil wegen zahlreicher enttäuschter Hoffnungen zur Entwicklung neuer antiwestlicher und antimarktwirtschaftlicher Kräfte beigetragen und so das Gegenteil ihres Ziels erreicht. Joseph Stiglitz, Chefökonom der Weltbank, stellte in seiner Einschätzung westlicher Hilfe für Rußland schlicht fest: "Wir haben gelernt, daß Marktwirtschaften viel komplizierter sind, als Lehrbücher sie beschreiben können." Diese Erkenntnis hätte ein Kenner der betreffenden Länder dem Chefökonom der Weltbank auch ohne entsprechende universitäre wirtschaftliche Vorbildung vermitteln können, wobei dieser späte Lernprozeß hoffentlich nicht typisch oder symptomatisch für das "erfolgreiche" Wirken der Weltbank und anderer internationaler Institutionen in der GUS ist.

Wedels Kritik an der "Marriott-Brigade" decken sich auch mit den persönlichen Erfahrungen des Autors, der in Tschernowitz einen jugendlichen österreichischen "Experten" erlebte, der an der Universität in englischer Sprache volkswirtschaftliche Vorlesungen hielt. Der angebliche Fachmann war weder des Ukrainischen noch des Russischen mächtig und verfügte natürlich auch über keine kulturhistorische Kenntnis der Ukraine. Das ihm die aktuelle wirtschaftliche Lage, vor allem aber die Probleme unbekannt waren, mit denen ukrainische Unternehmer tagtäglich zu kämpfen hatten bzw. haben, versteht sich von selbst.

Die mangelnde Landes- oder gar Sprachkenntnis bei Beraterprogrammen wird auch von der EU selbst eingeräumt, wobei der in der Folge zitierte Gewährsmann natürlich nicht namentlich erwähnt wird. Er kritisiert insbesondere die ukrainische Führung, deren politische Zusagen zu 80 Prozent aus Versprechen bestünden, die nur zu 20 Prozent erfüllt würden. Seinen Angaben nach habe die ukrainische Regierung seit mehr als zwei Jahren westlichen Beratern nicht mehr wirklich zugehört, wobei bisher auch Versuche der EU ergebnislos geblieben seien, Druck auf das Parlament auszuüben. Die Legislative verfolge ihre eigenen rein egoistischen Interessen und verstehe nichts von Marktwirtschaft; ein grundlegendes Problem sei, daß in der Ukraine keine Erneuerung der Eliten stattgefunden habe. Eine weitere finanzielle Unterstützung der Ukraine und natürlich auch Rußlands sei in Wirklichkeit nicht mehr gerechtfertigt, werde aber aus politischen Gründen weiter fortgesetzt. Hauptziel sei es, den finanziellen Zusammenbruch zu vermeiden und die technische Hilfe vielleicht anders zu orientieren. Künftig sollte nur in jenen Sektoren geholfen werden, wo der Wille zu Reformen bestehe. Wichtig seien weiters die Ausbildung der nächsten Generation und die humanitäre Hilfe an die Bevölkerung. Je schwieriger die Wirtschaftslage sei, desto stärker drohe das Abtriften der Ukraine Richtung Osten. Auch von den Ende Oktober bevorstehenden Präsidentenwahlen in der Ukraine erwartet der EU-Mitarbeiter keine Besserung: "It will be another five years lost for Ukraine".

Symptomatisch für die Beziehungen zwischen der EU (dem Westen) und der Ukraine ist der Fall des Atomkraftwerks Tschernobyl. Trotz entsprechender westlicher Hilfe und trotz wiederholter ukrainischer Zusagen ist nach wie vor unklar, ob der Unglücksreaktor tatsächlich bis zum Jahr 2000 geschlossen werden wird. Die Ukraine hat jüngst verlangt, das Kraftwerk aus Kostengründen bis zum Jahr 2003 weiter in Betrieb behalten zu können. Bezeichnend für das Verhältnis zwischen westlicher Hilfe, deren Wirkung und der Korruption in der Ukraine sind folgende Zahlen: Während die westliche Hilfe sich in etwa im Rahmen von umgerechnet 100 Milliarden Schilling bewegen dürfte, beziffert der Vorsitzende des parlamentarischen Komitees für Korruptionsbekämpfung, Juri Karmasin, den Kapitalabfluß aus der Ukraine auf umgerechnet 180 Milliarden Schilling. Im Jahre 1999 soll die Ukraine Schulden in der Höhe von einer Milliarde US-Dollar ausländischen Kreditgebern zurückzahlen; dieser Betrag entsprach etwa den Devisenreserven der Notenbank im Juni 1999. (20)

## Ausblick

Die bisherigen Bemühungen der EU und der internationalen Staatengemeinschaft, die Ukraine von außen zu stabilisieren, müssen angesichts der massiven Verarmung der Bevölkerung im Grunde als gescheitert betrachtet werden. Hauptverantwortlich dafür ist zweifellos die Ukraine selbst, der es bisher nicht gelungen ist, eine Reformpolitik umzusetzen, die diesen Namen auch verdient. Mitschuld an dieser Entwicklung sind aber zweifellos auch die internationalen Geldgeber, im konkreten Falle die politische Führung der EU, die es verabsäumt hat, den "Geldhahn" bereits weit früher zuzudrehen. Verantwortlich für das Scheitern sind aber auch unrealistische Hilfsprogramme, die westlichen Experten ohne Sprach- und Landeskenntnis zwar ein schönes Auskommen gesichert, der Ukraine sowie anderen Reformländern aber nur wenig gebracht haben.

Nicht zuletzt wegen all der ukrainischen Verstöße gegen und aller Fehler Kiews bei der Umsetzung des PKA drängt sich bei einer Analyse dieses Abkommens die Frage nach der grundsätzlichen Richtigkeit und Wirksamkeit dieses Vertrages auf. Vier prinzipielle Ziele verfolgt das PKA: enge politische Beziehungen und einen politischen Dialog zwischen der Ukraine und der EU; Förderung des Handels und der wirtschaftlichen Transformation der Ukraine; Schaffung der Grundlagen für eine bilaterale Zusammenarbeit und die Unterstützung der Ukraine bei der Herausbildung eines demokratischen und marktwirtschaftlichen Gesellschaftssystems. Erreicht hat das PKA bestenfalls die Umsetzung des ersten Ziels und teilweise die in Punkt vier genannten Anliegen. Angesichts all dieser Schwierigkeiten und trotz der ukrainischen Reformunwilligkeit und -unfähigkeit, die nicht genug betont werden kann, bleibt das Problem bestehen, daß es eine Gleichberechtigung zwischen einem starken (EU) und einem schwachen Partner (Ukraine) nicht wirklich geben kann. So ist etwa eine fairer und freier Wettbewerb zwischen einheimischen und importierten Waren angesichts der mangelnden Konkurrenzfähigkeit ukrainischer Produkte de facto kaum möglich. Wie überhaupt die mangelnde Qualität der ukrainischen Waren sowie der Zusammenbruch etwa von Teilen der Nahrungsmittelindustrie zu den Grundproblemen des Landes zählt. Die Verdrängung ukrainischer Lebens-, Nahrungs- und Genußmittel vom heimischen Markt durch ausländische Produkte ist jedoch nicht nur auf schlechte Qualität und fehlende Verfügbarkeit zurückzuführen, sondern auch ein Imageproblem, das auch nach der Wende in der früheren DDR zu beobachten war. Das Gleichbehandlungsgebot des PKA für alle Waren nach deren Einfuhr, kann daher grundsätzlich nur importierte Produkte begünstigen. Gerade der Schutz der schwachen ukrainischen Wirtschaft – sofern sie Waren und Leistungen auch tatsächlich hervorbringt, ist jedoch aus der Sicht Kiews ein nur zu verständliches Anliegen – verstößt aber in nicht wenigen Fällen gegen das PKA (z.B.: Kontingentregelung). Symptomatisch für dieses Problem ist der bereits dargestellte Fall des südkoreanischen Autoherstellers Daewoo. Die praktische Übernahme des Autowerks in Saporoschie hätte ein echter Hoffnungsschimmer für die Ukraine und ein Zeichen für die Attraktivität der Ukraine für Auslandsinvestitionen werden können. Die gewährten Vergünstigungen und der versuchte Schutz des ukrainischen Absatzmarktes für Autos verstieß jedoch eindeutig gegen die Bestimmungen des PKA. Zu allem Überdruß kann das bisherige Engagement Daewoos nicht wirklich als glücklich bezeichnet werden, nicht zuletzt auch deswegen, weil die Kaufkraft des Durchschnittsukrainers zweifellos zu gering ist, um ein lohnender Absatzmarkt für neues Autos zu sein. Andererseits ist die PKA-Regelung, wonach Bürgern beider Vertragsparteien ein gleicher Zugang zu Gerichten zu gewähren ist, aus der Sicht der EU-Bürger zweifellos ein Hohn – angesichts der Zustände im ukrainischen Rechts- und Verwaltungswesens. Aus all diesen Problemen kann nur die Forderung abgeleitet werden, mit der Überprüfung des PKA nicht bis zum Jahre 2001 zuzuwarten, wobei erschwerend hinzukommt, daß natürlich auch in der EU im Grunde mit Recht kein Unternehmer bereit ist, auf den Absatz seiner Waren in der Ukraine zugunsten eines Drittlandes und vor allem zugunsten der Ukraine zu verzichten. Für

dieses Dilemma eine Lösung zu finden, sollte das Thema bilateraler Verhandlungen zwischen Brüssel und Kiew sein, die im Rahmen des PKA-Konsultationsmechanismus so rasch wie möglich geführt werden sollten, um zu einer Anpassung des Abkommens zu gelangen. Die grundlegenden Folgen des Transformationsprozesses, der inzwischen fast schon ein Jahrzehnt dauert, sind eine zunehmende Hoffnungslosigkeit in der Bevölkerung, eine Abkehr von westlichen Wertvorstellungen, die die Masse der Ukrainer nur in Form von Kriminalität und Verarmung kennengelernt hat, sowie eine zunehmende Hinwendung zur Idee des starken Mannes. Verstärkt wurde dieses antiwestliche Ressentiment zweifellos auch durch den Krieg um das Kosovo und die damit verbundenen negativen Folgen für die Wirtschaft der Ukraine. Nach einer Umfrage, die Socis Gallup unter 1.200 Ukrainern durchgeführt hat, macht fast ein Drittel der Befragten die NATO für die Eskalation des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien verantwortlich. Nur 11 Prozent der Befragten bezeichnen den jugoslawischen Präsidenten Milošević als Hauptverantwortlichen für den Konflikt. Wie im russischen Parlamentswahlkampf so haben auch im ukrainischen Präsidentschaftswahlkampf vor allem Linke und antiwestliche Kräfte versucht, den Kosovo-Konflikt für ihre Zwecke auszunützen. Gefordert wurde unter anderem eine Suspendierung der Beziehungen zur NATO, ja sogar eine Aufgabe des atomwaffenfreien Status der Ukraine wurde diskutiert. Verlangt wurde außerdem eine verstärkte Hinwendung zu Rußland, eine Forderung die bei Wahlkämpfen in der Ukraine angesichts des großen russischen beziehungsweise russifizierten Wählerpotentials immer wieder erhoben wird. In diesem Fall könnte die sich verschärfende Krise bei den Wahlen Ende Oktober jedoch einen linken Politiker zum Amt des Präsidenten verhelfen, der trotz des geringen Handlungsspielraums ukrainischer Politiker eine umfassende Hinwendung zu Rußland verfolgen könnte. Daß diese Forderungen auf fruchtbaren Boden fallen, zeigt eine Umfrage in der stets eher westlich orientierten Hauptstadt Kiew. Demnach sprachen sich 58 Prozent der Befragten für eine engere Beziehung mit Rußland als Ausweg aus der Krise aus (21).

Die Ukraine befindet sich, was ihre außenpolitische Orientierung betrifft, in einem Dilemma. Eine Reorientierung nach Rußland würde das Land von der dringend benötigten westlichen Finanzhilfe abschneiden und außerdem keine wirkliche Perspektive für einen wirtschaftlichen Aufschwung bedeuten, weil Rußland selbst in einer Krise steckt, deren Ende noch nicht absehbar ist. Von Rußland ist daher keine Unterstützung für die dringend notwendige Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft und Gesellschaft zu erwarten, ganz abgesehen davon, daß eine Reintegration auch in der Ukraine umstritten wäre und dem ukrainischen Nationsbildungsprozeß zuwider liefe. Was das Verhältnis zum Westen betrifft, so sind die Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO zweifellos institutionell, aber auch praktisch am weitesten entwickelt, in der Bevölkerung, vor allem aber in der politischen Elite, höchst umstritten, ganz abgesehen von der russischen Ablehnung. Auf wenig Widerstand stoßen würde zweifellos eine enge Kooperation mit der Europäischen Union, eine Option die die Ukraine bisher wegen ihrer Reformunfähigkeit bestenfalls ansatzweise nutzen konnte. Hinzu kommt, daß die vertraglichen Verpflichtungen, die die Ukraine gegenüber der EU und gegenüber Rußland übernommen hat, zweifellos einander widersprechen, wie ein Blick auf den russisch-ukrainischen Grundlagenvertrag zeigt. Artikel 13 bis 24 – mehr als ein Viertel des Vertrages – sind Fragen der wirtschaftlichen, technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit gewidmet. Beide Parteien wiederholen in Artikel 13 ihre Verpflichtung "auf Aktionen zu verzichten, die gegenseitigen wirtschaftlichen Schaden verursachen können". Rußland und die Ukraine befürworten die Schaffung von "Bedingungen für den freien Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital- und Arbeitskraft". Aus diesem Grunde werden beide Parteien "effektive Schritte zur Übereinstimmung der Strategie der Durchführung wirtschaftlicher Reformen, einer Vertiefung der wirtschaftlichen Integration auf der Grundlage gegenseitiger Vorteile, einer Harmonisierung der Gesetzgebung unternehmen; [...] die Koordination ihrer Finanz-, Geld- und Kredit-, Devisen-, Investitions-,

Preis-, Steuer-, Handels- und Wirtschafts- und auch ihrer Zollpolitik anstreben; zur Schaffung gleicher Möglichkeiten und Garantien für die Wirtschaftssubjekte die Bildung und Entwicklung direkter Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf allen Ebenen unterstützen; [...] und die Entwicklung und Herstellung moderner wissenschaftlich technischer Produktionen, einschließlich der Produktion für die Anforderung der Verteidigung, fördern." Artikel 20 unterstreicht diese Verpflichtung speziell für die Gewährleistung des "Funktionierens der nationalen Treibstoff und Energieeinrichtungen, der Transportsysteme sowie der Informations- und Kommunikationssysteme."

Beide Staaten verpflichten sich, auch innerhalb der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen zusammenzuwirken (Artikel 16). Außerdem wollen sie sich beim Eintritt in internationale Organisationen und beim Beitritt zu Verträgen und Konventionen unterstützen. In Artikel 21 wird die Absicht bekundet, "in der gemeinsamen Produktion und Ausarbeitung der Weltraumraketechnik, und zwar nach den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils, zusammenzuarbeiten [...] und zur Bewahrung und Entwicklung der kooperativen Beziehungen beizutragen, die zwischen Unternehmen des kosmischen Raketensektors entstanden sind."

Besonders intensiviert werden soll die Kooperation in den Bereichen Erziehung, Wissenschaft, Technologie und Forschung. In den Artikeln 23 und 24 verpflichten sich beide Länder, bei der Aus- und Weiterbildung von Spezialisten, Wissenschaftlern und Studenten zusammenzuarbeiten und deren Austausch zu fördern. Gegenseitig anerkannt werden sollen die Zeugnisse und akademischen Grade. Beide Seiten wollen bei der Erhaltung, Wiederherstellung und Nutzung des gemeinsamen kulturellen und historischen Erbes zusammenarbeiten und vereinbaren, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen kulturellen und künstlerischen Gruppen, sportliche Kontakte sowie die Kooperation zwischen Parteien, Gewerkschaften, religiösen Organisationen und den beiden Parlamenten zu fördern. Ebenfalls gefördert werden soll die Erneuerung und Entwicklung der Tourismusindustrie. Daß sich das Problem dieses Widerspruchs bisher nicht gestellt hat, liegt vor allem daran, daß die Ukraine bisher keine der beiden eingegangenen Verpflichtungen wirklich auch nur im Ansatz erfüllt hat.

Acht Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion ist es der Ukraine noch immer nicht gelungen eine erfolgversprechende Reformpolitik zu entwickeln und vor allem auch umzusetzen. Als einziger Lichtblick gelten die Eindämmung der Hyperinflation und die 1996 erfolgte Einführung der Währung Hriwna. Die erreichte "Geldwertstabilität" wird jedoch durch hohe Schulden und Lohnrückstände, mangelnde Budgetdisziplin und verschleppte Strukturreformen bedroht. Angesichts der geopolitischen Bedeutung einer unabhängigen und stabilen Ukraine für die euroatlantischen Gemeinschaften (insbesondere NATO und EU) stellt sich die Frage nach den Ursachen des bisherigen Scheiterns der Reformpolitik im Land selbst und nach den Möglichkeiten, über die die Europäische Union verfügt, um den Reformprozeß zu unterstützen und damit die Stabilität des Landes zu erhöhen. Die besondere Bedeutung der Ukraine für Österreich ergibt sich bereits aus der geographischen Nähe, liegt doch die ukrainisch-slowakische Grenzstadt Uschgorod näher bei Wien als etwa Bregenz. Österreich zählt daher zu den Staaten der EU, die von den "Begleiterscheinungen" der ukrainischen Instabilität (Migration, Schlepperwesen, Drogenkriminalität etc.) am stärksten betroffen sind.

## **Ursachen des Scheiterns**

1. Das Land war auf seine Unabhängigkeit in keiner Weise vorbereitet. Obwohl die Ukraine sogar zu den Gründungsmitgliedern der UNO zählt und in der UdSSR den Status einer eigenen Sowjetrepublik hatte, wurden de facto alle Entscheidungen in Moskau getroffen. Daher waren zum Zeitpunkt des Zerfalls der Sowjetunion de facto keine politische Elite, aber auch keine geschulte Beamtenschaft vorhanden, die über



das erforderliche "Herrschaftswissen" verfügten, um eine klare Reformstrategie zu entwickeln und umzusetzen. Dieser Umstand führte dazu, daß weder die Paralyse der kommunistischen Kräfte noch die Opferbereitschaft und die Erwartungen der Bevölkerung genutzt werden konnten; außerdem erlangten durch das Fehlen einer Wirtschaftspolitik zunehmend die sogenannten "roten Direktoren" (Führer großer Wirtschafts- und Agrarbetriebe) Einfluß, die ihre Sonderinteressen durchzusetzen versuchten und so Wirtschaftsreformen blockierten.

2. Anders als die ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten Mittelosteuropas war die Ukraine nicht nur gezwungen, Wirtschaftsreformen durchzuführen, sondern auch eine eigene Nation aufzubauen. Erschwert wurde und wird diese Aufgabe durch den hohen Russifizierungsgrad der Bevölkerung und durch die starke russische Minderheit im Land selbst. Aus diesem Grund waren die ersten Parlamentswahlen im Jahre 1994 vor allem vom Verhältnis zur Russischen Föderation geprägt, wobei die 1997 erfolgte Teilung der Schwarzmeerflotte und der Abschluß des Grundlagenvertrages die bilateralen Beziehungen merklich entspannt haben. Die zweiten Parlamentswahlen im Jahre 1998 waren denn auch vorwiegend von wirtschaftlichen und sozialen Themen geprägt. Die Wahlen selbst, die Verabschiedung der Verfassung im Jahre 1996, die Westorientierung eines beträchtlichen Teils der politischen Elite und die Tatsache, daß seit Jahrhunderten kein ukrainischer "Staat" so lange Bestand hatte wie der nun bestehende, sowie die mangelnde "Anschluß-Perspektive" angesichts der Schwäche der Russischen Föderation sprechen dafür, daß sich zumindest ein gewisses "ukrainisches Bewußtsein" herauszubilden beginnt.
3. Auch die Parlamentswahlen des Jahres 1998 haben nichts an der beträchtlichen Stärke der reformfeindlichen Kräfte geändert, die bisher die Privatisierung vieler großer Betriebe und vor allem Strukturreformen verhindert haben. Gefördert wird das investitionsfeindliche Klima im Land durch die vorhandene Bürokratie und die fehlende Einheit der marktwirtschaftlich orientierten Parteien. Das Ergebnis der Präsidentenwahl im Oktober 1999 wird diesen Zustand bestenfalls konservieren, nicht aber im positiven Sinne verändern.
4. Korruption
5. Veraltete Energie-, Industrie- und Landwirtschaftsstruktur; mangelnde Konkurrenzfähigkeit ukrainischer Produkte auf dem Weltmarkt
6. Tschernobyl und die Folgen für Gesundheit, Umwelt und Landwirtschaft

Ein Blick auf die von den EU/WEU-Experten 1994 entworfenen und in Abschnitt 5 dargestellten drei Szenarien (Stabilisierung, Stagnation, Zusammenbruch) zeigt, daß keine der drei Prognosen in vollem Umfang eingetreten ist. Unzweifelhaft aber ist, daß sich die Ukraine in einer Phase der Stagnation befindet, wobei nicht auszuschließen ist, daß sich das Land in den kommenden Jahren zu einem europäischen Krisenherd erster Ordnung entwickeln wird. Was kann die Europäische Union, können die USA und die internationalen Finanzinstitutionen angesichts ihrer beschränkten Einflußmöglichkeiten nun tatsächlich tun? Folgende Punkte bieten sich an:

1. Die technische Hilfe hat sich auf Projekte zu konzentrieren, die die konkreten Lebensumstände der Bevölkerung in der Ukraine verbessern. Dadurch besteht nicht nur die Möglichkeit zur direkten Unterstützung; vielmehr kann durch derartige Maßnahmen auch der wachsenden antiwestlichen Stimmung und der Hoffnungslosigkeit entgegengewirkt werden. Bei derartigen Projekten sollte vor allem mit kirchlichen Organisationen vor Ort zusammengearbeitet werden, die wie zum Beispiel der Franziskaner-Orden im Land selbst an der Basis präsent sind (Kontrolle/Rückmeldung).

2. Technische Hilfeleistungen, vor allem finanzielle Unterstützung, müssen rigoros kontrolliert und halbjährlich evaluiert werden, um einen weiteren Mißbrauch zu verhindern.
3. Die internationale (IWF, EBRD, Weltbank) Hilfe, die Maßnahmen der EU, ihrer Mitglieder sowie der USA und Japans sind zu bündeln, um Mehrgleisigkeiten zu vermeiden und einen maximalen Effekt zu erzielen.
4. Hilfeleistungen sollten sich auch auf eine Entwicklung der dörflichen Infrastruktur und damit auf die "Menschen am flachen Land" konzentrieren, deren Lebensumstände zwar von der Versorgungslage her nicht so schlecht sind, die aber kaum über eine medizinische Grundversorgung verfügen.
5. Einzelne Staaten der EU sollten in Verbindung mit ukrainischen Nachbarstaaten ihre Hilfe auf die Entwicklung konkreter ukrainischer Regionen ausrichten. In diesem Zusammenhang sind auch regionale Partnerschaften zwischen Städten und Regionen in der Ukraine, in den EU-Mitgliedern sowie in den Anrainerstaaten zu fördern. Dadurch kann die technische Hilfe direkter und unmittelbarer geleistet und besser kontrolliert werden.
6. Gefördert werden soll insbesondere die Heranbildung der künftigen ukrainischen Elite durch einen umfassenden Austausch und durch eine umfangreiche Kooperation zwischen Schulen und Universitäten. Die Ukraine befindet sich auf dem Weg nach Westen, ein Weg der nur durch die Generation der heute unter 30jährigen erfolgreich beschritten werden kann.
7. Bei der Auswahl westlicher "Experten" ist vor allem darauf zu achten, daß diese Personen mit der Lage in der Ukraine vertraut sind (Kenntnis der Geschichte, der Kultur und der Sprache des Landes). Schlechte "Experten", die heute in Lateinamerika und morgen in Osteuropa alles besser wissen, sind schlechte Botschafter des Westens. Diese Sorgfalt ist insbesondere gegenüber Mitarbeitern internationaler Finanzinstitutionen zu empfehlen, deren "Kompetenz" und Beziehungsgeflecht der Autor während eines Aufenthaltes in Harvard selbst kennenlernen konnte.
8. Entscheidend bei der EU-Unterstützung sollte die Veränderung von Strukturen sein, nicht das Setzen auf sogenannte "Reformer", deren Vertrauens(un)würdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit an sich fraglich ist. In Abwandlung eines Ausspruches von Stalin gilt: Die Reformer kommen und gehen, die Strukturen bleiben.
9. Zu den unbedingten Schwerpunkten der Kooperation zwischen der EU, ihren Mitgliedern, den USA und der Ukraine sollten (in koordinierter Form) auf jeden Fall folgende zwei Bereiche zählen: der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und der Kampf gegen die Verelendung der Masse der Bevölkerung (Sozial-, Wohnungs- und Gesundheitswesen). Doch auch bei dieser Form der humanitären Hilfe muß strikte Kontrolle das oberste Gebot sein, schließlich hat sogar der russische Ministerpräsident Stepaschin zugegeben, daß in der Vergangenheit "30 Prozent der humanitären Hilfe üblicherweise gestohlen wurden". (23)
10. Schließlich ist der ukrainischen Elite (Präsident, Regierung, Parlament!) klarzumachen, daß die Frustrationstoleranz des Westens Grenzen kennt, sodaß die Ukraine nicht damit rechnen kann, dauerhaft vor den negativen Folgen ihrer eigenen Reformunwilligkeit und -unfähigkeit bewahrt zu werden. Westliche Kredite zur Budgetstabilisierung sind nicht mehr zu verantworten, es sei denn aus dem einzigen Grund, daß bereits derart hohe Kredite gewährt wurden, daß das Problem nicht mehr bei der Ukraine, sondern bei den westlichen Banken liegt.

#### **Anmerkungen:**

1. Generell wird in diesem Aufsatz der Begriff der Europäischen Union auch dort verwendet, wo historisch gesehen von der Europäischen Gemeinschaft gesprochen

werden müßte. Der Wechsel von EG zu EU erfolgte durch den Vertrag von Maastricht, der am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde und am 1. November 1993 in Kraft getreten ist. Alle statistischen Angaben entstammen, sofern sie nicht extra zitiert werden, aus Publikationen der Europäischen Union.

2. Während die EU seit dem Zusammenbruch der UdSSR inzwischen mit allen früheren Satellitenstaaten der Sowjetunion und den drei baltischen Staaten sogenannte "Europa-Abkommen" (Assoziierungsabkommen) unterzeichnet hat, wurden mit den Nachfolgestaaten der UdSSR PKAs geschlossen. Diese Abkommen sind in ihrer Wertigkeit zwischen einfachen Handelsabkommen und den Europa-Verträgen angesiedelt. Sie enthalten im Gegensatz zu den Europa-Abkommen keine Beitrittsoption und gewähren damit dem Unterzeichnerstaat auch nicht den Status eines "Assoziierten Partners" bei der WEU, der Westeuropäischen Union.
3. FBIS-WEU-94-212-A, 2. November 1994; das Papier wurde zum ersten Mal von mir in der ÖMZ, 33 (1995) 1, S. 80, publiziert.
4. Der Text des Vortrages wurde dem Autor von der Vertretung der EU in Kiew zur Verfügung gestellt.
5. Artikel 6 des Grundlagenvertrages von 31. Mai 1997 lautet "Jede der Hohen Vertragsschließenden Parteien verzichtet auf die Teilnahme oder Unterstützung irgendwelcher Aktionen, die gegen die andere Hohe Vertragsschließende Partei gerichtet sind, und verpflichtet sich, mit dritten Ländern keine wie immer gearteten Verträge abzuschließen, die gegen die andere Partei gerichtet sind. Keine der beiden Parteien darf es zulassen, daß ihr Territorium zum Schaden der Sicherheit der anderen Partei benutzt wird".
6. Zitiert nach APA 586, 8. Jänner 1999, 19 Uhr 21.
7. Zitiert nach UNICEF - Ukraine: Eine Zukunft für Heimkinder, sowie UNICEF-Report 1998: Osteuropa verspielt seine Zukunft.
8. Independent Center of Political Research in Kiew, Research Update No. 127 , 24.Mai 1999, Seite 2.
9. Zitiert nach AP vom 15. Dezember 1998.
10. Zitiert nach AFP vom 30. Dezember 1998.
11. Zitiert nach: The Economist Intelligence Unit, Länderbericht Ukraine 2. Quartal 1998.
12. Die Handelsstatistik wurde dem Autor von der österreichischen Wirtschaftskammer in Kiew zur Verfügung gestellt. Die Angaben über den Prozentanteil der Ukraine am EU-Handel stammen von Aide Memoire on Obstacles to trade in Ukraine, 26. Mai 1999.
13. Neue Zürcher Zeitung vom 27. Mai 1999, Seite 2.
14. Zitiert nach ITAR-TASS vom 27. April 1999 sowie vom 21. Mai 1999.
15. Die statistischen Angaben stammen aus der jüngsten Länderanalyse des amerikanischen Energieministeriums (Juni 1999) sowie aus einer Übersicht "Caspian – Bosphorus/Black Sea Issues" (Dezember 1998), die ebenfalls das Energieministerium in Washington herausgegeben hat.
16. Moskau ITAR-TASS 19. Mai 1999, FBIS-SOV-1999-0520.
17. Neue Zürcher Zeitung, 6. April 1998, Seite 32.
18. Aide Memoire on Obstacles to trade in Ukraine, 26. Mai 1999.
19. Der Bericht von Janine R. Wedel wurde am 22. März 1999 veröffentlicht (Cato Policy Analysis No. 338), siehe auch Deutsche Presseagentur vom 27. April 1999 wiedergegeben von der APA am 27. April 1999 ( APA 187 von 11 Uhr 16).
20. Corruption Watch No. 31 (12. Mai 1999), Seite 6; herausgegeben vom Independent Center of Political Research in Kiew. Zitiert nach AP, 9. Juni 1999.
21. Independent Center of Political Research in Kiew, Research Update No. 127 , 24. Mai 1999, Seite 2.

22. Siehe dazu Christian F. Wehrschütz, "Die Ukrainisch-Russischen Beziehungen: ungewisse Partnerschaft", herausgegeben von der "Stiftung Wissenschaft und Politik" in Ebenhausen, April 1998.
23. Zitiert nach AP, 8. Juni 1999.